

UNia

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Büroäumlichkeiten mussten gründlich desinfiziert werden. Es erkrankten Mitarbeiter an Covid und die

EMS: Trickste Martullo-Blocher beim Homeoffice? Seite 3

Die Präsidentin
im grossen
Kongress-Interview.

Wie
geht
es der
Unia,
Frau Alleva?

Seiten 10 – 11



**Bau-Gauner in
Ukraine-Knast**

Daniel Bächtold sitzt
jetzt statt am Strand
hinter Gittern. Seite 5

**Reinigerinnen
haben geputzt**

Pariser Zimmerfrauen
zwingen Hotel-Multi
in die Knie. Seite 9

**Paul Rechsteiner
zum Rahmen-Aus**

Der Ex-SGB-Chef hat
Ignazio Cassis' Trick
auffliegen lassen. Seite 7

**14. Juni:
Juhu,
Frauen-
streik!**

Die erste
Übersicht
über die
geplanten
Aktionen in
der grossen work-
Agenda. Seite 20





workedito
Marie-Josée Kuhn

ALLES IM RAHMEN

Dieses Rahmenabkommen ist ein richtiges Männerding! Nicht, dass es uns Frauen im Alltag nicht direkt betroffen hätte. Und nicht, dass auf Seiten der EU keine mächtige Frau am Ruder wäre. Die familienbesessene Ursula Gertrud von der Leyen, fröhliche Mutter von sieben Kinderlein. Gott und der CDU zum Grusse!

Auf Schweizer Seite jedoch fuhr eine reine Männerriege dieses Rahmenabkommen an die Wand. Kamikaze-Pilot Ignazio Cassis als Aussenminister und Roberto Balzaretti als sein Chefunterhändler.

Warum ist dieses Rahmen-Zeug so ein Männerding?

Und als dieses Abkommen schon röchelnd am Boden lag, durfte auch noch der «Schneider-Hannes» ans Verarzten, Ex-FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Und schliesslich Traubenbauer a.D. Guy Parmelin (SVP). Doch auch sein stolzer Gang nach Canossa konnte nichts mehr ändern. Dieses Rahmenabkommen musste begraben werden: R.I.P.

SOGAR DREI. Jetzt grübeln sie, wie das nur so weit hatte kommen können: sieben Jahre nichts als Tränen! Und es sind wieder: Männer. Im work sogar drei (Seiten 6-7). Nicht, dass sie nichts Spannendes zu sagen hätten. Im Gegenteil! Zum Beispiel der frühere oberste Gewerkschafter im Land, Paul Rechsteiner. Er war es gewesen, der im Sommer 2018 noch rechtzeitig die Notbremse zog, als dieses Rahmenabkommen auf die schiefe, neoliberale Bahn geriet. Rechsteiner erhielt damals Geheimprotokolle der Verhandlungen. Und traute seinen Augen nicht: Statt den Schweizer Lohnschutz zu verteidigen, bot ihn Chefunterhändler Balzaretti zum Abschuss an. Es war der Totalverrat an den «roten Linien» des Gesamtbundesrates. Balzaretti erklärte den Gewerkschaften den Krieg. Ok, Balzaretti wurde irgendwann schonend von der Rahmen-Bühne entfernt. Und es kam endlich: eine Frau! Chefunterhändlerin Livia Leu Agosti. Doch das geschah erst, als der Scherbenhaufen schon angerichtet war. Wir kennen das aus der Geschichte: Immer wenn gar nichts mehr geht, holt Mann die Frauen. Zum Kitten und Flicken. Doch auch dafür war's zu spät.

LOGO. Immerhin: inzwischen hat Frau dem irrläufigen Cassis das Rahmen-dossier entzogen. Und wir rudern jetzt mit Justizministerin Karin Keller-Sutter weiter (auch FDP). Und selbstverständlich äussert sich in diesem work auch Unia-Chefin Vania Alleva zum Wie-weiter (Seite 11). Doch die bange Frage bleibt: Warum ist dieses Rahmen-Zeug so ein Männerding? Selbst beim Duo an der SP-Spitze steht der Mann im Rahmen. Ein Gschpäni hat's mir kürzlich erklärt: Da gehe es halt um Mechanik. Um Polit-Mechanik. Ums Aprés-und-Avant-Chambrieren. Ums Schreibälä. Um den geilsten Spin (-Doktor). - Schippinsch eigentlich? fragte ich ihn. Denn logo, es war ein Mann!

Erste kantonale Lohngleichheits-Initiative an der Urne:

Am 13. Juni schreibt der Jura Frauengeschichte

Der Kanton Jura stimmt am 13. Juni über die Lohngleichheits-Initiative der Unia ab. Es ist die erste und bisher einzige solche Initiative!

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Unia-Frau Maude Rufi (42) freut sich: «Bald ist es so weit. Ich bin sehr froh, dass wir am 13. Juni, einen Tag vor dem Frauenstreik, über die Lohngleichheitsinitiative abstimmen können!» Die Unia Transjurane hatte die erste und bisher einzige Lohngleichheitsinitiative 2017 lanciert. Sie verlangt ein kantonales Gesetz, das festlegt, wie die Lohngleichheit in den Betrieben kontrolliert und verbessert werden soll. Und damit das nationale Gleichstellungsgesetz ergänzt.

Als die Initiative am 8. März 2018 – dem Tag der Frauen – eingereicht wurde, war Maude Rufi dabei (work berichtete). Sie erinnert sich: «Ich war sehr stolz, dass wir so viele Unterschriften gesammelt hatten.» Für eine Initiative braucht es im Kanton Jura 2000 Unterschriften, einreichen konnten Rufi und ihre Mitstreiterinnen über 3400. «Das

«Jetzt braucht es endlich Sanktionen für Firmen, die keine Lohngleichheit haben.»

MARIE-HÉLÈNE THIES,
MITGLIED INITIATIVKOMITEE

zeigt die grosse Unterstützung, die unserer Anliegen in der Bevölkerung hat.»

Rebecca Lena, Unia-Chefin der Region Transjurane, hofft auf ein gutes Abstimmungsresultat. Nur so könnte der Druck auf das Parlament erhöht werden, bei Massnahmen für die Lohngleichheit nicht zu sparen.

KRASSER LOHNUNTERSCHIED

Gewerkschafterin Rufi kennt Lohndiskriminierung. Und wie! Bevor sie bei der Unia anfing, arbeitete sie in der Uhrenindustrie. Zum Abschluss gab's dort ein bitteres Geschenk: Sie erfuhr, dass ihr Kollege 500 Franken mehr verdient. Dabei ist er fast gleich alt wie sie, hat die gleichen Weiterbildungen gemacht und leistete genau die gleiche Arbeit. Rufi sagt: «Ich fühlte mich erniedrigt und war wahnsinnig enttäuscht.»

Rufi ist kein Einzelfall. Der gesamte Lohnunterschied zwischen Frauen und



FOTOS: STÖH GRÜNING

«WEDER MAGD NOCH NONNE NOCH BLÖD»: Frauen-Megaphone säumen den Weg zur Staatskanzlei in Delémont bei der Einreichung der Lohngleichheitsinitiative 2018.

Männern beträgt 19 Prozent. 45,4 Prozent davon sind alleine durch Diskriminierung zu erklären. Im Kanton Jura verdienen Frauen gar 23 Prozent weniger als Männer. Dies, obwohl die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau seit 40 Jahren in der Bundesverfassung verankert ist. Doch genauso lange verstossen Arbeitgeber dagegen.

KNAPP AN DER SCHUBLADE VORBEI

Die kantonale Initiative sei deshalb eine Art Umsetzungsinitiative, erklärt Marie-Hélène Thies (63). Die gebürtige Französin ist seit einem Jahr pensioniert, doch zuvor war sie während 20 Jahren bei der Unia Transjurane für den Dienstleistungssektor verantwortlich und kämpft schon fast ein Leben lang für Lohngleichheit. Sie war auch im Initiativkomitee (work berichtete). Thies: «Das

zahnlose nationale Gesetz, wonach nur Firmen mit über 100 Mitarbeitenden Lohnkontrollen durchführen müssen, ist ein schlechter Witz!» Und noch viel mehr für den Kanton Jura, wo die Mehrheit der Firmen weniger als 100 Mitarbeitende hat. «Und Sanktionen gegen Firmen, welche die Lohngleichheit nicht einhalten, sind nicht einmal vorgesehen!» Deshalb hätten sie die kantonale Lohngleichheitsinitiative lanciert.

Wegen Corona wäre die Initiative fast in einer Schublade gelandet. Das Kantonsparlament hätte die Vorlage innerhalb von zwei Jahren nach der Einreichung bearbeiten müssen. Doch wegen der Pandemie kam es zu Verzögerungen. Thies: «Wir hatten eine Videokonferenz mit der Regierung. Ge-wisse Regierungsmitglieder gaben uns zu verstehen, dass wir die Initiative zurückziehen sollten.»

Doch das kam natürlich nicht in Frage. Deshalb musste die Regierung jetzt Vorschläge zur Umsetzung ausarbeiten. Immerhin: im Jura sollen Firmen ab 50 Mitarbeitenden Lohnkontrollen durchführen müssen. Und Lohngleichheit wird zur Pflicht für Unternehmen, die öffentliche Gelder erhalten. Für Thies sind die Vorschläge dennoch ungenügend: «Sie gehen zu wenig weit. Jetzt braucht es endlich Sanktionen für Firmen, die keine Lohngleichheit haben.» An Ruhestand ist für Thies deshalb nicht zu denken. Und sie muss auch gleich wieder los, an eine Sitzung mit dem Frauenkollektiv. Auf der Agenda steht die Planung der Aktivitäten für den 14. Juni.



Marie-Hélène Thies.

HAUSHALTSSARBEIT

PASCHA BLEIBT PASCHA

Ungleichheit gibt's nicht nur bei den Löhnen, sondern auch zu Hause. Allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Frauen leisten nämlich doppelt so viel Hausarbeit wie Männer. Noch immer. Das zeigt die neuste Arbeitskräfteerhebung des Bundesamtes für Statistik. Die Männer holen zwar auf, aber nur im Mini-Schrittchen: **In den letzten zehn Jahren hat Mann 1,7 Stunden pro Woche mehr gekocht und ein halbes Stündchen länger geputzt.**

FAMILIE. Die Zeit, die Mütter für Lohnarbeit verwenden, ist in den letzten 10 Jahren um fast 3 Stunden pro Woche gestiegen – diejenige der Väter um über 4 Stunden gesunken. Trotzdem machen Mütter fast doppelt so viel für den Haushalt wie Väter. Und betreuen die Kinder 7,5 Stunden länger als ihre Ehemänner.

Fazit: Noch immer leisten die Frauen den Löwenanteil der Haus- und Familienarbeit, und oben-drauf tragen sie immer mehr zum Haushaltssudget bei. (asz)

Gewerkschafts-Initiative schon vor Ende der Sammelfrist eingereicht 13. AHV-Rente schafft erste Hürde

Die Gewerkschaften fordern eine 13. AHV-Rente, analog zum 13. Monatslon. Die 130 000 Unterschriften für ihre Volksinitiative waren – für Corona-Bedingungen – in Rekordzeit zusammen.

CHRISTIAN EGG

Die Hälften der Menschen, die heute pensioniert werden, leben mit Renten von weniger als 3600 Franken pro Monat. Ein Drittel der Frauen hat sogar gar keine Pensionskasse und bekommt nur die AHV-Rente. Das ist zu wenig.

Die Gewerkschaften haben jetzt eine Initiative für bessere Renten eingereicht. Die

Forderung ist einfach: Pensionierte sollen eine dreizehnte AHV-Rente bekommen. So wie heute fast alle einen 13. Monatslohn haben. Aufs ganze Jahr gerechnet, entspricht das einer Rentenerhöhung von 8,33 Prozent.

137 000 Unterschriften haben die Gewerkschaften Ende Mai der Bundeskanzlei überreicht. Und zwar schon sechs Monate vor Ablauf der Sammelfrist! Und nach einem Jahr, in dem es immer wieder schwierig bis unmöglich war, auf der Strasse Unterschriften zu sammeln. Für AHV-Expertin Gabriela Medici vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB zeigt das vor allem eines:



«Bessere Renten sind für ganz viele Leute ein dringendes Anliegen.»

DRINGEND. In den letzten Jahren sind vor allem die Renten der Pensionskassen schneller geschrumpft als der grosse Aletschgletscher. Laut neusten Zahlen bekamen Arbeitstätige, die 2019 in Rente gingen,

sieben Prozent weniger PK-Rente als ihre Kolleginnen und Kollegen zwei Jahre vorher. Weil das System der Pensionskassen abhängig ist von den Profiten am Finanzmarkt.

Deshalb setzen die Gewerkschaften auch nicht bei dieser instabilen zweiten Säule an, sondern bei der zuverlässigen AHV. SGB-Frau Medici: «Die AHV hat das beste Preis-Leistungs-Verhältnis. Und zwar mit Abstand!» Will heißen: Jeder Franken mehr, der in die AHV fließt, etwa durch höhere Lohnprozente, steht für bessere Renten zur Verfügung. Ohne Umweg über den unsicheren Kapitalmarkt.



Die Briefträgerin & die «Unterstützung»

Die Briefträgerin kennt wieder mehr Leute, die beim RAV angemeldet sind. Und wird dadurch auch an ihre eigenen Erfahrungen erinnert. Als Anekdote, aber vielleicht auch zum



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Zweck einer späten Abrechnung möchte sie davon erzählen. Es ist vierzehn Jahre her.

«Die erste Schreibarbeit mit Honorarfolgen ging ans RAV.»

Sie hatte ihre Stelle mit guten Gründen, aber ohne die finanziellen Folgen zu bedenken, gekündigt: Wer von sich aus kündigte, ohne neuen Vertrag im Sack, wurde mit sechzig Tagen Arbeitslosengeldentzugs bestraft. In einem flammenden Brief begründete sie deshalb, warum eine Kündigung unumgänglich gewesen sei – und erhielt dreissig Tage Sperrfrist erlassen. «Deine erste Schreibarbeit mit Honorarfolgen», spöttelte ein Bekannter.

«RETOURHAUFEN». Die Briefträgerin war nun also auf dem RAV. Mit zwiespältigem Gefühl, die Erinnerung an eine frühere, zum Glück kurze Arbeitslosigkeit war keine gute. Aber sie ermutigte sich: «Die sind da, um dir bei der Arbeitsuche zu helfen.» – Schon der erste Besuch war eine Katastrophe. Die «Beraterin» qualifizierte die Arbeitsbiographie der späteren Briefträgerin zwar als «interessant», schmiss das Dossier aber, eine Arbeitgeberin mimend, auf den, wie sie ihn nannte, «Retourhaufen» der Bewerbungsdossiers. Die Briefträgerin sei zu unqualifiziert und, wie die junge Personalvermittlerin von Manpower es später ausdrückte, «vom Alter her nicht interessant» (sollte die Briefträgerin hier lachen oder weinen? Lachen ist besser!).

Nach zwei Monaten hatte sie eine neue Stelle. Selber gefunden. Bei der Post. Die RAV-Mitarbeiterin zeigte sich überrascht: «Das hätte ich nicht gedacht! Sie verhelfen mir zu einer neuen Erfahrung!» Und: «Meine Eltern wollten auch, dass ich zur Post gehe. Aber mich hätte man niemals in eine Uniform zwängen können.» Die Briefträgerin staunte und verliess rasch, aber fröhlich den Laden, trägt seither Grau-Gelb und wünscht allen Arbeitslosen viel Glück!

Das «Anti-Terror-Gesetz» ist ein Frontalangriff auf die Demokratie Nein zur Polizeiwillkür als Staatsraison!

Kommt das Gesetz durch, könnten bald auch unliebsame Gewerkschaftsleute ohne Anklage weggesperrt werden. Weil die Polizei in ihnen eine «Gefährdung» sieht. So geht das nicht, warnt der Gewerkschaftsbund.

CLEMENS STUDER

Unbehindert von Juristinnen und Richtern einfach mal Menschen wegträumen. Sie ins Gefängnis stecken oder mit Fussfesseln in den Haarsarrest. Und zwar selbst Kinder! Monate lang. Ohne Beschwerdemöglichkeiten. Das wollen Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) und die rechte Mehrheit im Parlament möglich machen. Mit dem sogenannten Antiterrorgesetz. Am 13. Juni stimmen wir darüber ab.

DARUM GEHT ES (ANGEBLICH)

Um das Land vor vermeintlichen «islamistischen Anschlägen» zu schützen, sollen die Möglichkeiten der Polizei massiv ausgebaut werden. Die rechtsstaatlichen Abläufe wären

Über 60 Schweizer Rechtsprofessorinnen und -professoren schlagen Alarm.

ausgehebelt. Polizei und Algorithmen würden bestimmen, wer eine «Gefährderin» oder ein «Gefährder» ist. Unabhängige Überprüfung durch Richterinnen und Richter und Beschwerdemöglichkeiten? Fehlanzeige! Weil sich das Thema «islamistischer Terror» gut verkaufen lässt, steht das Gesetz im Moment bei Umfragen schwer im Ja.

DARUM GEHT ES (WIRKLICH)

Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung soll den «Sicherheitskräften» ein Freipass ausgestellt werden. Wer «gefährlich» ist, könnten dann Po-



BEDROHLICHES GESETZ: Wer «gefährlich» ist, könnten Polizeibeamtinnen und -beamte nach eigenem Gutdünken entscheiden. FOTO: KEYSTONE

lizeibeamte und -beamtinnen nach eigenem Gutdünken entscheiden. Sie hätten eine unkontrollierte Machtfülle jenseits juristischer oder gar demokratischer Kontrolle. Denn bereits seit 2004 kennt das Schweizer Strafgesetzbuch «strafbare Vorbereitungshandlungen». Wer also den von den Befürwortenden ständig im Munde geführten «islamistischen Anschlag» vorbereitet, kann bereits heute ermittelt und verurteilt werden. Einfach auf rechtsstaatlichem Weg.

BEWEGUNGEN KRIMINALISIERT

In Ermangelung von «gewalttätigen Islamisten» ist klar, dass die Polizei das Gesetz dazu missbrauchen wird, politisch unliebsame Bewegungen zu kriminalisieren. Wie das rauskommt, könnten wir in den letzten Wochen und Monaten sehen: Feministinnen wurden von «Sicherheitskräften» zusammengeschlagen, obwohl sie sich an die Coronaregeln hielten (Zürich, 8. März 2021). Dagegen wurden maskenlose Covidiotinnen und Covidioten liebevoll begleitet und manchmal

auch umarmt und mit Blumen beschenkt (so zum Beispiel in Rapperswil SG am 24. April 2021). In Basel ermöglichte die Polizei am 24. November 2018 mit einem massiven Angriff auf eine friedliche Familiendemo einem Dutzend bewaffneter Neonazis den unbefeuerten Abzug. Blöd für die Polizei: Ausgerechnet ein geleaktes Polizeivideo mit Ton belegt die Absicht hinter dem aggressiven Polizeiaufreten. Im Unterschied zum Nazi-Aufmarsch war die eigentliche Gegendemo nicht bewilligt. Danach ermittelte die Justiz mit unverhältnismässiger Härte gegen die friedlich Demonstrierenden. Solche Willkür will das «Antiterrorgesetz» quasi legalisieren. Polizeiwillkür als Staatsraison. So wie etwa in Brasilien, Indonesien und in weiten Teilen der USA.

DIE WARNUNGEN

Das «Antiterrorgesetz» sorgt auch weltweit für Aufsehen. Die Uno warnt davor und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel Amnesty International. Über 60 Schweizer

Rechtsprofessorinnen und -professoren schlagen Alarm. Auch Nils Melzer, der UN-Sonderberichterstatter zu Folter und Schweizer, hat sich deutlich gegen das Gesetz geäussert. Unterdessen haben Tessiner Anwälte schon eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht, darunter auch die bürgerlichen Urgesteine Paolo Bernasconi und Dick Marty. Wegen der Falschinformationen, die der Bundesrat an Medienkonferenzen und im Bundesbüchlein verbreitet. Unter anderem die «Menschenrechts-Konformität».

DIE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ist gegen das Gesetz, da es «unvereinbar mit den Grundrechten ist und damit aus rechtsstaatlicher Sicht unhaltbar». Und noch deutlicher: Bei einem Ja «besteht die Gefahr, dass unliebsame Gewerkschafterinnen, Politiker, Journalistinnen, Staatskritiker oder Klimaaktivistinnen Opfer der Massnahmen werden könnten».

workxl der wirtschaft

David Gallusser

JA ZUM CO₂-GESETZ – NUR REICHE HAUSHALTE ZAHLEN DRAUF

Durch das Verbrennen von fossilen Energieträgern wie Erdöl und Kohle setzen wir grosse Mengen an CO₂ in der Atmosphäre frei und heizen das Klima an. Die Folgen sind Wetterextreme, unbewohnbare Gegenden und fortschreitendes Artensterben. Das alles bringt nicht nur ökonomische Kosten mit sich, sondern verursacht auch menschliches Leid. Trotz diesen drastischen Nebenwirkungen: die Wirtschaft hält weltweit an fossilen Energieträgern fest. Weshalb eigentlich?

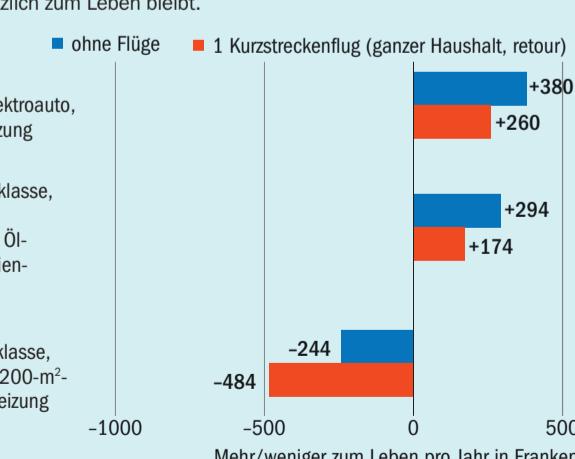
PROFITABEL. Die einfache Antwort: Technologien, die auf fossiler Energie beruhen, sind nach wie vor für viele Unternehmen profitabel. Sie bezahlen nichts oder nur wenig für den Klimaschaden, den sie anrichten. Umgekehrt müssten sie ihre bestehenden Produktionsanlagen mit hohen Kosten abschreiben, wenn sie auf nachhaltige Technologien umstellen würden. In vielen Bereichen gibt es darüber hinaus noch keine nachhaltigen Technologien. Sie müssten erst teuer und mit dem

Risiko des Scheiterns entwickelt werden. Klar, es gibt Unternehmen, die für sich mit Alternativen zu fossilen Energieträgern eine Marktlücke finden. In der work-Rubrik «Rosa Zukunft» können wir immer wieder eindrücklich davon lesen (Seite 14). Nur: Die fortschrittlichen Firmen werden die CO₂-Schleudern noch lange nicht vom Markt verdrängen. Bis sie es tun, ist der Klimaschaden bereits angerichtet.

WEICHEN STELLEN. Um die Klimakatastrophe abzuwenden, müssen wir jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass einzelne nicht mehr klimaschädlich wirtschaften können. Fossile Technologien müssen verteuert oder ganz verboten werden. Kosten und das Risiko von erneuerbaren Alternativen müssen sinken. Die Weichen dazu stellen wir in der Schweiz mit dem CO₂-Gesetz, über das wir am 13. Juni abstimmen. Das Gesetz setzt an verschiedenen Stellen an, um den CO₂-Ausstoss zu verteuern, die schmutzigsten Technologien zu verbieten

Mehr Geld zum Leben

Die Grafik zeigt, wie viel einzelnen Haushalten dank dem neuen CO₂-Gesetz im Jahr 2022 pro Jahr zusätzlich zum Leben bleibt.



und erneuerbare Energieträger zu fördern. Wichtig dabei: Die Einnahmen aus der neuen CO₂- und Flugticketabgabe fließen teilweise über verbilligte Krankenkassenprämien zurück an die Bevölkerung. 2022 werden es pro Kopf – auch für Kinder – 60 Franken

sein. Viele Haushalte haben dadurch mehr zum Leben als ohne das Gesetz. Nur wer viel CO₂ ausstösst, zahlt drauf (siehe Grafik).

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)

QUELLE: SGB



la suisse existe
Jean Ziegler

DER TOD IN GAZA

Samstagmorgen, 22. Mai. Bei mir in Russin klingelt das Telefon. Am Apparat ist mein Freund Ayman Nasrallah. Seine Stimme zittert: «Sie leben, Genosse Jean! Sie haben überlebt ... alle!»

Ayman Nasrallah ist Garagist in Genf und Mitglied der SP. Er stammt aus einer uralten

Der israelische Staats-terror ist die Antwort auf den palästinensischen Widerstand in Jerusalem.

Familie aus Gaza. Sein ältester Bruder, der Chef des

28köpfigen Familienclans, ist Präsident des Bezirksgerichtes von Gaza Stadt.

Seit dem 11. Mai donnerten Bomber der israelischen Luftwaffe über die Stadt, über Chan Yunis, das Flüchtlingslager Al-Shati und andere Orte des 41 Kilometer langen und zwölf Kilometer breiten Ghettos von Gaza, in dem zwei Millionen Menschen wohnen.

Die israelischen Brand- und Splitterbomben begruben 253 Menschen, davon 66 Kinder, unter 162 Wohnhäusern, 4 Spitätern und 16 Schulen. Fast 2000 Palästinenserinnen und Palästinenser wurden schwer verletzt.

ETHNISCHE SÄUBERUNG. Der israelische Staats-terror ist die Antwort auf den palästinensischen Widerstand in Jerusalem. Anfang April wurden im Ostjerusalemer Quartier Sheikh Jarrah zwölf palästinensische Familien aus ihren Häusern verjagt. Rechtsextreme jüdische Siedler zogen ein. Dagegen protestierten auf dem Tempelberg – in und vor der al-Aqsa-Moschee – Tausende Palästinenser. Die Polizei schoss in die Menge. Die muslimische Hamas, die seit 2007 das Ghetto von Gaza beherrscht, feuerte als Zeichen ihrer Solidarität Raketen auf den Süden Israels ab. Zwölf Menschen, darunter ein Kind, starben. Premierminister Netanyahu reagierte mit der Bombardierung des Ghettos.

Wer diese Politik Israels kritisiert, wird von der Regierung in Tel Aviv und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern in Europa routinemässig als «Antisemit» diffamiert. Antisemitismus ist in der Schweiz ein Verbrechen, ein Offizialdelikt gemäss dem Strafgesetzbuch.

ANTISEMITISMUS? Der pauschale Vorwurf ist unsinnig. Die Apartheid-Strategie Netanyahus wird auch von B'Tselem, der grössten israelischen Nichtregierungsorganisation, kritisiert; von bedeutenden israelischen Intellektuellen wie Lea Tsemel, Michael Warschawski oder Ilan Pape und von ehemaligen israelischen Soldaten der Bewegung «Break the Silence». Seit diesem März ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofes Fälle von möglichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den besetzten Gebieten.

Am 15. Mai protestierten in Genf, Zürich, Basel und Biel Hunderte gegen Israels Staatsterror und das Schweigen des Bundesrates. In Genf forderte SP-Ständerat Carlo Sommaruga eine Verurteilung der Massaker an der Zivilbevölkerung, den Einsatz der Schweizer Diplomatie für die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates und die sofortige Beendigung der schweizerisch-israelischen Militärkooperation sowie gesicherte Grenzen für Israel.

Sommarugas Forderungen verdienen unsere volle Unterstützung.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neustes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Immo-Hai wollte work verklagen – jetzt geht's ihm selbst an den Kragen

St. Galler Bau-Gauner im Ukraine-Knast

Erst prellte er die Arbeiter, dann zerre er die Unia vor Gericht – und lag am Verhandlungstag in den Malediven am Strand. Doch der Rückflug endete für Daniel Bächtold ganz bös.

JONAS KOMPOSCH

Eine Prise kriminelle Energie gehört zu Bauspekulanten und Immo-Haien wie das Salz in die Suppe. Aber so dreist wie Daniel Bächtold (63) treiben es die wenigsten. Der Rheintaler Unternehmer sorgt seit bald 30 Jahren für einen Skandal nach dem anderen: krumme Finanztricks, Baupfusche, getäuschte Banken, geprellte Arbeiter oder abgezockte Mieterinnen und Mieter. Leidtragende sind aber längst nicht nur Private, sondern auch die öffentliche Hand. Schlaumeier Bächtold hingegen kam stets davon.

Er wusste sich hinter einem obskuren Geflecht aus zahllosen Briefkasten- und Baufirmen zu verstecken. Bis zum Herbst 2019, als ihm die Unia auf die Schliche kam. Denn die von Bächtold kontrollierte SRI Baumanagement AG hatte rund 30 Baubücher und Büroangestellte geschasst und sie um ihre verdienten Löhne gebracht. work machte diesen und weitere haarsträubende Fälle publik (siehe [rebrand.ly/entlarvt](#)). Zeitgleich wartete auch das «St. Galler Tagblatt» mitbrisanten Recherchen auf. Doch auf das Licht der Öffentlichkeit reagierte Bächtold höchst allergisch.

RABIAF GEGEN DIE PRESSE

Über seinen damaligen Anwalt Michael Kummer verlangte der Entlarvt von beiden Zeitungen Gegendarstellungen. Das «Tagblatt» kam den Forderungen zweimal nach, work tat das nicht. Pikant dabei: Die Schweizer Rendite-Immobilien AG, also jene Übergesellschaft, in der Bächtold offiziell nur Aktionär, tatsächlich aber die zentrale Führungsfigur war, hatte kurzerhand einen «Mediensprecher» engagiert – und zwar ausgerechnet Philipp Landmark: den ehemaligen Chefredaktor des «St. Galler Tag-

blatts». Gegen die Unia-Zeitung aber bedarf es anderer Kaliber. Und so legte Bächtold einen Zucken zu.

Um seine Google-Einträge reinzuwaschen, beauftragte der Schlawiner eine Firma für «Suchmaschinenoptimierung». Kostenpunkt: über 10 000 Franken. Außerdem machte Bächtold «Persönlichkeitsverletzung» geltend und zerre work vor das Vermittleramt Unteres Rheintal. Doch kurz vor der Verhandlung, die auf den 20. Januar 2021 angesetzt war, sagte Bächtold ab – «wegen Corona», wie er ausrichten liess. Und auch am Verschiebedatum, dem 22. März, kuschte der Kläger. Und wie!

PROZESS GEGEN WORK PLATZ

Noch am Morgen des Verhandlungstags meldete Anwalt Kummer, sein Klient werde «aufgrund der Mutationen und der wieder zunehmenden Corona-Fallzahlen» nicht erscheinen. Prompt erklärte sich die zuständige Friedensrichterin bereit, Bächtold kurzfristig zu dispensieren. Zudem stellte sie seinem Anwalt in einer vorgängigen Absprache einen Klageschein in Aussicht. Ei-

work ist im Besitz eines «ärztlichen Befunds» für «Patient Daniel Bächtold» ...

nen solchen braucht es für einen späteren Gerichtsprozess. Doch da machte work-Anwältin Regula Bähler nicht mit.

Ihr Argument: Falls Bächtold krank sei oder einer Risikogruppe angehöre, müsse er dies mit einem ärztlichen Attest belegen. Das leuchtete der Friedensrichterin ein. Rasch schrieb sie dem Bächtold-Vertreter, es brauche «selbstverständlich noch die Nachreichung eines ärztlichen Attests». Die Verhandlung platzte. Ein Attest aber scheint sich der Drückeberger nachträglich noch bestellt zu haben. work ist nämlich im Besitz eines «ärztlichen Befunds» für «Patient Daniel Bächtold». Erteilt von einer fragwürdigen Klinik – in Kiew!

In die ukrainische Hauptstadt hatte sich der Baugäuer nämlich schon vor Weihnachten 2020 abgesetzt. Das bestäti-

gen ehemalige Geschäftspartner. Sie suchten dringend den Kontakt zu ihrem flüchtigen Big Boss, weil kurz nach seinem Verschwinden Strafanzeige gegen Teile des Firmenimperiums erhoben wurde. Bächtold aber logierte vornehm in den Kiewer «Obolon Residences», einem streng bewachten Resort für Superreiche. Unweit davon war offenbar auch ein Arztzeugnis gäbig zu haben.

Wegen eines Covid-19-Kontakts leide Bächtold an «akuter Mittelohrentzündung» und einer «akuten Virusinfektion der Atemwege». So steht es schwarz auf weiß im Attest. Blos: Ausgestellt wurde dieses gemäss Zeichnung am 20. März 2021. Also zwei Tage vor den Verhandlungen gegen work.

CORONA-LÜGE VOM STRAND

Hatte Bächtold einfach vergessen, das Attest seinem Anwalt zu schicken? Wohl eher weniger: Denn am 20. März lag der «Patient» nicht in einer ukrainischen Klinik, sondern in den Malediven am Strand! Dorthin war er bereits am 17. März geflogen – also drei Tage vor dem angeblichen Arztbesuch in Kiew. Das belegt ein entsprechendes Flugticket (Business Class), das work vorliegt. Auf den Trauminseln liess der Baugäuer zwei Wochen lang die Seele baumeln – zusammen mit seiner neuen Gemahlin. Derweil platze in der Schweiz sein Prozess gegen work.

Doch nach den Ferien war plötzlich fertig lustig: Zurück am Kiewer Flughafen, klickten die Handschellen. Laut gut unterrichteten Quellen sitzt Bächtold seither in Auslieferungshaft. Anwalt Michael Kum-

... erteilt von einer fragwürdigen Klinik – in Kiew!

mer nimmt dazu keine Stellung. Denn einige Tage nach der Verhaftung warf er das Handtuch, legte sein Mandat nieder und trat als Verwaltungsratspräsident der Schweizer Rendite-Immobilien AG zurück. Warum aber will die Schweizer Justiz des Baugäns so dringend habhaft werden? Das berichten wir im nächsten work.

Rahmenabkommen Deutsch und deutlich

Zum Jubeln ist die Beerdigung des Rahmenvertrags mit der EU nicht. Es war ein Trauerspiel, das da sein Ende fand. Zum Schluss gingen die Emotionen nochmals hoch. Da konnten wir einige Dinge deutsch und deutlich hören. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) etwa, das konservative Blatt des deutschen Kapitals, meint: Die flankierenden Massnahmen seien ein «Schutzwall», um protektionistisch den Handwerksbetrie-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ben «den Arbeitseinsatz in der Schweiz zu vermissen». Damit sei die Dienstleistungsfreiheit der EU verletzt, wogegen man leider nicht klagen könne.

NEOLIBERALER UNSINN. Der Schweizer Protektionismus ist eine Lüge: Süddeutsche Patrons führen in der Schweiz allein im Baugebäude jährlich Aufträge für über 1 Milliarde

Euro aus. Das sind 30 Mal mehr Aufträge, als umgekehrt Schweizer KMU in Deutschland ausführen. Trotz-

dem war diese Lüge sieben Jahre lang ein Kern der Verhandlung seitens der EU. Gerade jüngst wieder bezeichnete der deutsche Botschafter Gerhard Brügger unsere flankierenden Massnahmen als «diskriminierend und vertragswidrig». Will auch er klagen?

Frustriert vom Abbruch ist auch der deutsche Europa-Parlamentarier Andreas Schwab. Von den Schweizer Medien wird er behandelt, wie wenn er Aussenminister der EU wäre, jeden Tag gibt er Interviews. Dabei ist er der Lobbyist der süddeutschen Patrons (siehe auch Seite 7). Und die möchten bei Aufträgen in der Schweiz weniger kontrolliert, erwischt und gebüsst werden. Kein Wunder, bezeichnet Schwab den Übungsabbruch durch die Schweiz als unverschämt: «Diese Chuzpe muss man haben.» Sieben Jahre Zeit seien verschwendet worden. Er muss es wissen, denn seit sieben Jahren verspricht er seiner Unternehmer-Klientel, dass bald Schluss sein werde mit der Unbill in der Schweiz

VORBILD SCHWEIZ. Zu hören gibt es in den letzten Tagen aber auch Erfreuliches, vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Jürgen Höfflin, DGB-Verantwortlicher der Region Südbaden, sieht die Sache nämlich anders: «Wir wären hier in Deutschland froh, wenn wir einen so effektiven Lohnschutz hätten. Statt die Schweizer Massnahmen runterzudrücken, würde die EU unsere Massnahmen besser auf Schweizer Level anheben.» Das ist auch unsere Meinung.



Feministischer Streik am 14. Juni

Der 14. Juni steht vor der Tür, und wir machen uns wieder für die Rechte der Frauen stark. Gründe, aktiv zu sein, gibt es genug. Denn die Coronakrise hat Frauen hart getroffen. Wo was läuft und wie du mitmachen kannst, erfährst du hier.

www.unia.ch/14juni

Bundesrat unterzeichnet Rahmenabkommen nicht: Blochers Erfolg? Von wegen!

Das Rahmenabkommen in der von FDP-Bundesrat Cassis ausgehandelten Form ist Geschichte. Ein Erfolg der Gewerkschaften, weil bei einer Unterzeichnung der Lohnschutz geschliffen worden wäre.

CLEMENS STUDER

26. Mai 2021, 15.45 Uhr: Drei Mitglieder der Landesregierung reihen sich vor den Medienleuten auf. Bundespräsident Guy Parmelin (SVP), Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Justizministerin Karin Keller-Sutter (auch FDP).

Der wackere Waadtländer Weinbauer Parmelin verkündet, vom Blatt ablesend, staatsmännisch das Ende des Rahmenabkommens in der vorliegenden Form. Verantwortlich für das Scheitern ist Ignazio Cassis, der von der SVP in den Bundesrat gehievt Tessiner. Er versprach vor seiner Wahl, bei den Verhandlungen den «Reset-Knopf» zu drücken. Das ist ihm hervorragend gelungen. Nur nicht so, wie er es sich vorgestellt hatte: Statt sein Rahmenabkommen haben wir jetzt kein Rahmenabkommen.

Aber wendig, wie der anpassungsfähige Cassis ist, sieht er keinen Fehler bei sich. Er parliert dreisprachig, wo er das Problem sieht: bei der Unionsrichtlinie. Also beim erweiterten sozialen Schutz für hier lebende EU-Bürgerinnen und -Bürger. Den Schutz der Schweizer Löhne erwähnt er erst an zweiter Stelle. Was eigentlich keine Überraschung ist. Denn den Lohnschutz und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wollte er im Auftrag seiner marktradikalen Freunde über den «Umweg» Rahmenabkommen schleifen. Dumm für ihn, dass die Gewerkschaften und allen voran der damalige SGB-Präsident Paul Rechsteiner trotz politischer Sommerpause aufmerksam waren und Alarm schlugen (siehe Seite 7).

Cassis' Bubentrickli war aufgeflogen, bevor es zum Fliegen kam.

In der Folge sollte der damalige Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) kiffen, was nicht mehr zu kiffen war. Weil Cassis die «roten Linien», die der Bundesrat gemeinsam mit den Sozialpartnern definiert hatte, mutwillig überschritten hat. Oder noch konkreter: Er und seine Leute haben der EU versprochen, was sie nicht hätten verspre-



GANZ IN SCHWARZ: Bundesräte Ignazio Cassis, Guy Parmelin und Bundesrätin Karin Keller-Sutter (v.l.) auf dem Weg zur Beisetzung des abgestürzten Rahmenabkommens. FOTO: KEYSTONE

chen dürfen. Und Cassis hat dem Vernehmen nach EU-Kommissar Johannes Hahn auf dem Brüsseler Flughafen Zaventem per Handschlag zugesagt, das Rahmenabkommen sei in trockenen Tü-

Sofort nach dem Aus setzte von rechts her die Umdeutung der Geschehnisse ein.

chen. Übrigens: in seiner ganzen bisherigen Amtszeit hat es Cassis nie ins «offizielle» Brüssel geschafft. Lieber trieb er sich auf Minnen des menschenrechtsverletzenden Zuger Rohstoffkonzerns Glencore herum. Und polemisierte gegen das UN-Hilfswerk für Palästina (UNRWA).

Cassis' Bubentrickli war aufgeflogen, bevor es zum Fliegen kam.

In der Folge sollte der damalige Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) kiffen, was nicht mehr zu kiffen war. Weil Cassis die «roten Linien», die der Bundesrat gemeinsam mit den Sozialpartnern definiert hatte, mutwillig überschritten hat. Oder noch konkreter: Er und seine Leute haben der EU versprochen, was sie nicht hätten verspre-

ten sich ins Lotterbett mit den Nationalisten gelegt.

Dabei ist es genau umgekehrt. Die SVP hätte bestens leben können mit der Schleifung des Lohnschutzes. Bei der Lancierung ihrer sogenannten Selbstbestimmungsinitiative war sie da noch ehrlich. Es gehe darum, die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit abzuschaffen, tiefe Löhne durchzusetzen und weniger Gesamtarbeitsverträge sowie weniger Arbeitnehmenden-schutz. Also genau das Cassis-Programm. Die doppelzüngige Milliardärspartei ist im letzten September vor dem Volk mit einer Anti-Bilateralen-Initiative einmal mehr krachend gescheitert.

HIN UND HER: FDP

Einen besonderen Slalomlauf legte die FDP beim Rahmenabkommen hin: Zuerst vollste Unterstützung für ihren hybriden FDP/SVP-Bundesrat Cassis. Und für die Wirtschaftsverbände. Noch im Februar 2019 teilte die Fraktion mit, sie sage klar «Ja aus Vernunft zum Rahmenabkommen». Dieses sichere den «enorm wichtigen» Fortbestand des bilateralen Weges. In

den kommenden Monaten wuchs auch beim Freisinn die Einsicht, dass dieses Rahmenabkommen in einer Volksabstimmung keine Chance hätte. Nicht gegen die fundamentale Ablehnung der SVP und die Kritik der fortschrittlichen Kräfte. Zum Schluss waren nur noch die GLP und eine halbe Handvoll gewerkschaftsferne SP-Mitglieder engagiert für das Abkommen.

RECHTE MÄRLI II

Sofort nachdem der Bundesrat die Reissleine gezogen hatte, setzte von rechts her die Umdeutung der Geschehnisse ein. War ihr Narrativ vorher, die Gewerkschaften hätten der SVP zum Erfolg verholfen, war es jetzt plötzlich Drachentöter Blocher, der gesiegt hatte. Das Gegen teil ist richtig: Dieses Rahmenabkommen war in jenem Moment tot, als Cassis den Lohnschutz preisgeben wollte. Was hat Blocher also «gewonnen»? Vielleicht noch ein bisschen mehr Huldigungen von seinen Parteischäfen und bei jenen Medienschaffenden, die noch dann nach Herrliberg pilgern werden, wenn dort nur noch ein Mausoleum steht.

Anderes Rahmenabkommen: So geht es jetzt weiter

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien waren die fortschrittlichen Parteien und die Gewerkschaften immer strenger in ihrer Haltung: Ja zu einem Rahmenabkommen, aber einem, das die Schweizer Löhne effizient schützt und ermög-

Keller-Sutter will mit den Sozialpartnern an einen Tisch sitzen.

licht, sie noch effizienter zu schützen. Das ist machbar, wenn der von Cassis angerichtete Scherbenhaufen zusammengewischt ist. Den ersten Schritt dazu hat bereits der Bundesrat gemacht: Cassis ist der facto aus dem Rennen. Neu ist seine Partikollegin Karin Keller-Sutter

die starke Frau im Dossier, zusammen mit SVP-Wirtschaftsminister Parmelin. Was Cassis bleibt: das Mitleid seines Mentors Christoph Blocher auf «Teleblocher». Mitleid ist in der Blocher-Bewegung die Höchststrafe für Versager.

SOZIALPARTNER. Keller-Sutter will sich jetzt mit den Sozialpartnern an den Tisch setzen. Um einen Weg zu finden, wie die bilateralen Beziehungen stabil gehalten werden können. Das wäre schon vor Jahren möglich gewesen. Offensichtlich sind jetzt auch die vernünftigen Arbeitgeber und bürgerliche Politikerinnen und Politiker zur Einsicht gelangt, dass gegen die Gewerkschaften in der Europafrage nichts geht.

Vorschläge, wie es jetzt vorwärtsgerichtet vorangehen könnte, sind vorhanden. In letzter Minute hat CVP-Bundesrätin Viola Amherd einen eigenen Vorschlag eingebracht, der nahe an den gewerkschaftlichen Überlegungen ist: Lohnschutz bleibt aussen vor, Unionsrichtlinie mit einer Schutzklausel übernehmen und den Service public schützen. Und SP-Co-Präsident Cédric Wermuth brachte – neben einem mittelfristigen EU-Beitritt auch einen EWR-Beitritt ins Spiel.

RESOLUTION. Der Unia-Kongress wird eine europapolitische Resolution verabschieden. Dessen Eckpunkte beschreibt Präsidentin Vania Alleva auch im work-Interview (siehe Seiten 10–11).

Flankierende: Mehr Kontrollen dringend

Wie zentral der Lohnschutz durch flankierende Massnahmen (FlaM) für die Beschäftigten ist, zeigt auch der neuste FlaM-Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). 2020 haben Kontrollierinnen und Kontrolleure 130 000 Löhne überprüft und deckten dabei in 18 Prozent der Fälle zu tiefe Löhne auf.

LÜCKEN SCHLIESSEN. Noch immer wird in vielen Kantonen wenig bis fast gar nicht kontrolliert. Wer wenig kontrolliert, öffnet Lohndumping Tür und Tor. Die Gewerkschaften fordern deshalb seit Jahren, dass die bestehenden Lücken im Lohnschutz geschlossen und die Kontrollen verstärkt werden. (cs)

CLEMENS STUDER



SCHMATZ: Der vormalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker küsst vor rund 6 Jahren die damalige Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Ganz in Ehren. Trotzdem instrumentalisieren Nationalisten das Bild seither als angeblichen Beweis für Schweizer Willkür. FOTO: KEYSTONE

Ex-SGB-Chef und SP-Ständerat Paul Rechsteiner erklärt: «Der Absturz dieses Rahmenabkommens war programmiert»

Er war es, der im Sommer 2018 die Notbremse zog: Paul Rechsteiner, damals oberster Gewerkschafter und Ständerat. Denn in den Verhandlungen mit der EU um ein Rahmenabkommen sollte der Schweizer Lohnschutz geopfert werden. Jetzt blickt er zurück und nach vorne.



Seit dem Entscheid des Bundesrats, die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zu beenden, erscheinen manche verwirrt. Zum Beispiel publizierte der «Blick» ein Chat-Protokoll, in dem Nationalräte aus der aussenpolitischen Kommission mit dem Wirtschaftslobbyisten und CDU-Europaabgeordneten Andreas Schwab kungeln. Schwab ist als Leiter der Schweiz-Delegation im EU-Parlament die Speerspitze der harten EU-Position gegen den Schweizer Lohnschutz (siehe auch «Riegers Europa», Seite 6). Doch die Schwächung des Lohnschutzes widerspricht den Aufträgen des Parlaments aus dem Jahr 2019. Es verlangte, den Lohnschutz zu verteidigen. Konkret: Er muss auf dem heutigen Stand sichergestellt und nach Bedarf weiterentwickelt werden können. Der Entscheid des Bundesrates, das Rahmenabkommen fallenzulassen, entspricht also genau dieser Logik: Wenn der

Lohnschutz mit dem Rahmenabkommen nicht sichergestellt werden kann, hat dieses keine Perspektive.

ÖFFNUNG MIT SCHUTZ

In Zeiten der Verwirrung lohnt es sich immerhin, etwas weiter zurückzublicken. Nach dem Fiasko des EWR (1992) waren die bilateralen Verträge (1998–2000) ein Durchbruch im Verhältnis zur EU. Kernvertrag der Bilateralen ist die Personenfreizügigkeit. Entscheidend für die Zustimmung in der Volksabstimmung waren neue Massnahmen zum Schutz der Löhne, die in der Schweiz zuvor undenkbar gewesen waren. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hatte sie am Davoser Kongress 1998 als Bedingung dafür gefordert, die Bilateralen mitzutragen: «Nein, wenn nicht!»

Auch damals hatten die Wirtschaftsverbände, die bürgerlichen Parteien und der Bundesrat keine Freude

Für die EU-Kommission sind die Gewinne der Entsendefirmen wichtiger als der Lohnschutz der Lohnabhängigen.

an den neuen Regeln, zumal sie der in den 1990er Jahren anrollenden ideologischen Welle von Deregulierung und Liberalisierung diametral widersprachen. Und sich die rot-grüne Regierung in Deutschland gleichzeitig daranmachte, die Lohnregeln aufzuweichen und einen Tieflohnsektor zu forcieren. Die staatstragenden bürgerlichen Kräfte akzeptierten aber den neuen Lohnschutz mit Blick auf die Volksabstimmung über die bilateralen Verträge.

Das Rezept «wirtschaftliche Öffnung, verbunden mit sozialem Schutz» war erfolgreich. Damals, im Jahr 2000, wie auch später bei den verschiedenen Erweiterungsruunden der Bilateralen.

Wichtig ist: Der neue schweizerische Lohnschutz war und ist nicht diskriminierend ausgestaltet, so wie es das Abkommen über die Personenfreizügigkeit (FZA) verlangt. Er fand und findet auf Arbeitnehmende aus der EU genauso Anwendung wie auf Schweizer Lohnabhängige. Keine EU-Instanz hatte damals gegen den schweizerischen Lohnschutz etwas einzuwenden.

DER KERN DES KONFLIKTS

Später änderte sich das. Nicht in der Schweiz, aber in der EU. 2006 wurde mit der Bokelstein-Richtlinie, benannt nach dem neoliberalen holländischen EU-Kommissar Frits Bokelstein, die Priorität der Dienstleistungsfreiheit verankert. 2008 folgte der Europäische Gerichtshof mit Urteilen, die zur Förderung der Dienstleistungsfreiheit bei Entsendungen (Firmen, die in einem anderen Land Arbeiten verrichten) neu die Arbeitsbedingungen des Herkunftslandes als massgebend erklärten.

Das aber ist exakt das Gegenteil von dem, was der schweizerische Lohnschutz verlangt: Massgebend sind, wenn in der Schweiz gearbeitet wird, die Arbeitsbedingungen in der Schweiz, also nicht jene im Herkunftsland, sondern jene vor Ort. Denn die Menschen leben von den Löhnen vor Ort. In der Schweiz von Schweizer Löhnen.

Seit dieser Zeit kritisiert die EU-Kommission den Schweizer Lohnschutz. Weil für sie die Geschäftsmöglichkeiten für Entsendefirmen aus der EU vor den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden rangieren. Deshalb stören die wirksamen Lohnkontrollen in der Schweiz die EU-Kommission. Zugesetzt: Für die EU-Kommission sind die Gewinnmöglichkeiten der Entsendefirmen, auch wenn sie Regeln brechen, wichtiger als der Lohnschutz für die Lohnabhängigen. Das ist der Kern des Konflikts.

Die Gewerkschaften aber können und werden eine Schwächung des

Lohnschutzes keinesfalls akzeptieren. Für die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen geht es um vitale Interessen. Und es geht dabei nicht nur um eine schweizerische, sondern auch um eine europäische Auseinandersetzung.

BALZARETTIS VERRAT

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, was bei den Verhandlungen über das Rahmenabkommen schiefgelaufen ist: Im Juni 2018 signalisierte der damalige Chefunterhändler der Schweiz, Roberto Balzaretti, der EU die Bereitschaft, beim Lohnschutz nachzugeben, dies gegen die «roten Linien» des Bundesrats. In seinem Gefolge stellten die beiden FDP-Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann die flankierenden Massnahmen öffentlich in Frage. Der Bundesrat begrüßte nach dem Protest der Gewerkschaften den Lohnschutz als «rote Linie». Trotzdem verhandelte Balzaretti gegen das Mandat weiter.

Er übernahm beim Lohnschutz schliesslich die Positionen der EU-Kommission. Und eröffnete damit den Kampf gegen die schweizerischen Gewerkschaften. Mit einer solchen Ver-

Chefunterhändler Balzaretti übernahm die Positionen der EU-Kommission – gegen die «roten Linien» des Bundesrats.

handlungsführung müssen wir uns auch nicht wundern, dass die EU-Kommission bei diesem Thema hart blieb und sich in der Folge nicht mehr bewegte. Damit war der Absturz des Projekts programmiert. Einen derartigen Vertrag konnte der Bundesrat nicht akzeptieren.

Das Fazit: Die neoliberalen Feinde des Lohnschutzes in der EU und in der Schweiz sind zwar imstande, sich über

die Köpfe der Betroffenen hinweg zu einigen. Politisch zum Fliegen kommt das Resultat in einer direkten Demokratie dennoch nicht.

UND JETZT?

Die Zukunft ist nie vorhersehbar. Ein paar Überlegungen mögen immerhin weiterhelfen:

Wesentlich ist zunächst, dass die heutigen Verträge weiterlaufen und gelten. Daran ändert sich auch nichts, wenn der Bundesrat unzumutbare Vorschläge der EU-Kommission nicht übernimmt und unterschreibt.

Sodann ist nicht nur die Schweiz in ständiger Bewegung, sondern auch die EU. Die Forderungen der EU-Kommission gegenüber der Schweiz zum Lohnschutz wurden 2019 im Europäischen Parlament nur noch mit knapper Mehrheit gestützt (330 zu 302 Stimmen).

In der EU spielen in diesen Fragen erfahrungsgemäss ohnehin die Deutschen eine entscheidende Rolle. Falls die Grünen im kommenden Herbst die deutschen Wahlen gewinnen, kann sich in diesen Fragen in den nächsten Jahren alles ändern. Definiert werden die Positionen dann möglicherweise nicht mehr von gewerkschaftsfeindlichen Hardlinern, sondern von Kräften, die der sozialen Frage eine andere Bedeutung beimessen.

Überhaupt spricht vieles dafür, dass nicht nur die ökologischen, sondern auch die sozialen Anliegen in Zukunft wieder einen grösseren Stellenwert bekommen werden und müssen. Dies gilt für die EU wie für die Schweiz. Die Entwicklung in den USA, wo Präsident Joe Biden gerade dabei ist, das Trumpsche Steuer sozial herumzureisen, ist ein Fingerzeig in diese Richtung.

Die Linke hat jedenfalls die Aufgabe, die sozialen Interessen zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Einer wachen Linken, die sich nicht überschätzt, aber vor allem auch nicht unterschätzt, stehen interessante Zeiten bevor.

PAUL RECHSTEINER

Mindestlohninitiative Basel: Kleinkindererzieherin Pellegrino (26) hofft auf ein Ja

«200 Franken mehr Lohn wären ein Riesenunterschied!»



DEBORAH PELLEGRINO: Trotz Lehrabschluss und Berufserfahrung verdient die Kleinkindererzieherin nur 3400 Franken im Monat für ein 90-Prozent-Pensum. FOTO: STEPHAN BOHRER

Wird die Mindestlohninitiative in Basel am 13. Juni angenommen, können 15 000 Menschen mit Tieflohn endlich aufschauen. Eine davon ist die Kinderbetreuerin Deborah Pellegrino.

CHRISTIAN EGG

Trotz Lehrabschluss und acht Jahren Berufserfahrung verdient Deborah Pellegrino nur 3400 Franken im Monat. Für ein 90-Prozent-Pensum. Das letzte Mal richtig in den Ferien war sie deshalb vor 12 Jahren, noch als Teenager. «Das war in Italien

**KEIN LOHN
UNTER 23.-**

mit den Eltern», erzählt sie. Heute bleibe sie in den Ferien meist in Basel, sagt die Frau im weiten Flanellhemd: «Wenn ich zwei Wochen Ferien habe, bestelle ich eine Tageskarte oder ein Sparbillett der SBB.» Dann fährt sie für einen Tag nach Bern oder nach Zürich.

SCHLAFLOSE NÄCHTE

Ein einziges Mal habe sie auswärts übernachtet in den letzten Jahren. Im Ibis-Budget-Hotel in Lugano. Für 75 Franken: «Aber dann hintersann mich tagelang: Habe ich jetzt über meine Verhältnisse gelebt?» Mit 3400 Franken Lohn auszukommen bedeutet für die

Kleinkindererzieherin vor allem Stress: «Ich muss die Rechnungen bezahlen, bevor die zweite Mahnung kommt. Sonst wird es noch teurer.» Sie habe oft schlaflose Nächte oder Bauchweh. Und sie sagt: «Die Schweiz ist ein wohlhabendes Land. Es sollte nicht sein, dass Geldsorgen den jungen Leuten so auf die Psyche schlagen!»

T-SHIRT ODER ZNACHT

Ein gesetzlicher Mindestlohn soll das in Basel-Stadt jetzt ändern (siehe Box rechts). Die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften verlangt einen minimalen Stundenlohn von 23 Franken für alle, das sind bei einer Vollzeitstelle rund 4000 Franken im Monat. Pellegrinos Lohn wäre dann 3780 Franken für ein 100-Prozent-Pensum. «Zweihundert Franken, das wäre ein Riesenunterschied», sagt sie. Und erzählt: Kürzlich habe sie ein T-Shirt gekauft. Für 10 Franken. Und sich danach gefragt, ob sie für

«Geldsorgen sollten jungen Leuten nicht so auf die Psyche schlagen!»

KLEINKINDERERZIEHERIN DEBORAH PELLEGRINO

das Geld nicht gescheiter einen Znacht in der Migros gekauft hätte. Mit diesen 200 Franken mehr läge beides drin. Und auch ab und zu zu einem Museums- oder Kinobesuch, sagt Pellegrino. Oder eben: Ferien!

Mindestlohn: Basel hat die Wahl

Alle sollen von einer Vollzeitstelle leben können: Das verlangt die Initiative der Gewerkschaften, über die Basel-Stadt am 13. Juni abstimmt. Bei einem Ja gilt künftig ein gesetzlicher Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde.

KANTON NR. 5: Nach Neuenburg, Jura, Tessin und Genf wäre Basel-Stadt damit der erste Kanton in der Deutschschweiz mit einem gesetzlichen Mindestlohn.

Alles über Mindestlöhne in den Kantonen und in Europa im work-Dossier: rebrand.ly/kanton-um-kanton.

Heute muss sie bei dem sparen, was guttut.

Trotzdem macht Pellegrino ihren Job «mega gern». Sie sagt: «Ich weiss, dass es das Selbstwertgefühl stärkt, wenn die Kinder in der Kita Liebe und Zuneigung erfahren. Und dass sie das mitnehmen für den Rest des Lebens.»

Sie wünschte sich aber einfach mehr Wertschätzung für diese Arbeit. In der Form eines guten Lohns. Denn: «Was ist das für eine Aussage von unserer Gesellschaft, dass wir einer Kleinkindererzieherin nur 3400 Franken zahlen und einem Banker 10 000? Die Politiker sagen doch immer, Kinder seien das Wichtigste.»

Kampfjet-Beschaffung: Wieder einmal wollen sich die Militärs teure Spielzeuge kaufen

Wird Payerne ein US-Luftwaffenstützpunkt?

Offiziell 6 Milliarden Franken will die Landesregierung für neue Luxus-Kampfjets verlochen. Sollten es US-Jets sein, sind die Gegeninitiativen schon parat.

CLEMENS STUDER

Am 23. Juni trifft sich die Landesregierung zur letzten ordentlichen Sitzung vor der Sommerpause. Und sie soll eine der teuersten des Jahres werden: Der Bundesrat will nämlich einen Typenentscheid in Sachen Kampfjet-Beschaffung fällen. Offiziell 6 Milliarden Franken will er für neue Luxus-Kampfjets verlochen – über die ganze Lebensdauer dürften diese gar

was den Typ Kampfjet anbelangt, war die Vorlage deshalb, weil die Armee und ihre parlamentarischen Freunde immerhin etwas gelernt haben: Das Volk ist nicht doof und kann sich ein eigenes Bild machen, wie angebracht Waffenbeschaffungspläne sind. Deshalb schickte es die Gripen-Beschaffung vor ziemlich genau sieben Jahren nach. Denn eigentlich geht seit Jahrzehnten keine grössere Armeebeschaffung ohne Skandale und Budgetüberschreitungen über die Bühne. Meistens gar mit beidem.

EIN GHETZ

Doch auch diesmal will das VBS die Zufallsmilliarden offensichtlich möglichst rasch verputzen. Darum das Ghetz. Zur Offertenstellung hat das Bundesamt für Rüstung, Armasuisse, vier Herstellerinnen eingeladen: Dassault aus Frankreich mit dem Rafale. Airbus mit dem Eurofighter (Typhoon), einem Gemeinschaftsprojekt von Deutschland mit Grossbritannien, Italien und Spanien. Lockheed Martin aus den USA mit dem F-35A. Und ebenfalls aus den USA Boeing mit dem F/A-18 E/F (Super Hornet). Alles völlig übertriebene und sehr teure Maschinen für Luftpolizeidienste. Andere Lösungen und günstigere Lösungen liessen die Militärs gar nicht evaluieren.

Soll auf dem Armeeflughafen Payerne VD ein US-Luftwaffenstützpunkt entstehen?

30 Milliarden kosten. Und wie bei allen Armeebeschaffungen wird alles bestimmt noch viel teurer werden.

Dabei ist die Blanko-Beschaffungsvorlage vergangenes Jahr nur mit knapp 8000 Stimmen an der Urne durchgekommen. Hauptsächlich aus hochsubventionierten Bauernkantonen. Denn gegen das Projekt «Air 2030» hatten vor allem Westschweizer, Frauen, Junge und Städterinnen und Städter gestimmt. Blanko, also unkonkret,

Bei den zwei US-Modellen kommt ein weiteres Problem dazu: Sie würden –



TEURE KRIEGSMASCHINEN: Der US-Kampfflieger F/A-18E/F (Super Hornet). FOTO: BOEING

wegen der Belieferungspolitik der US-Regierungen – dazu führen, dass auf dem Armeeflughafen Payerne VD faktisch ein US-Luftwaffenstützpunkt entstehen würde. Und hartnäckig hält sich der Verdacht, dass die USA in ihren Kriegsfliegern für Drittstaaten Software verstecken, die im Falle eines Falles eine Fernsteuerung der Jets aus den USA ermöglichte. Sogar von einem sogenannten Kill Switch (Aus- schaltknopf) ist die Rede. Damit könnten US-Kreise die «Schweizer» Militärflugzeuge aus der Ferne grounden.

INITIATIVE PARAT

SP, Grüne und die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) wollen einen Bundesratsentscheid pro US-Jets nicht akzeptieren. Und haben einen Initiativtext ausgearbeitet, der bereits bei der Bundeskanzlei liegt. Angepasst werden müsste nur noch der Jet-Name, und dann kann das Sammeln beginnen. Und eine solche Initiative hätte grosse Erfolgschancen. 1993 sammelte die GSoA innerhalb eines Monats rund eine halbe Million Unterschriften gegen die Beschaffung der F/A-18. Die Abstimmung ging dann mit 45 Prozent Ja verloren. Die Armee und die rechten Parteien hatten die Vorlage zur «Armeeabschaffungsin Initiative» aufgebläht. Das dürfte dieses Mal schwerer fallen, wie das Zufallsmehr vom September 2020 zeigt.

Zimmerfrauen zwingen Hotelketten-Chef in die Knie: «Wir haben ihn an der Krawatte gepackt!»



AUSDAUER: Zimmerfrauen des Hotels Ibis Batignolles demonstrieren am 17. Oktober 2019 vor dem Accor-Hauptquartier in Paris, am ersten Tag des vierten Monats ihres Streiks, für bessere Arbeitsbedingungen. FOTO: CGT

22 lange Monate haben afrikanische Putzfrauen in Paris gegen den Riesen-Konzern Accor gekämpft. Jetzt feiern sie ihren Sieg.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Stattlich, mit lachendem rotem Mund, ein nachtblaues Tuch zum Turban geknotet, kommt Rachel Kéké, 46, am 25. Mai aus den Verhandlungen. Sie ist die Sprecherin der Zimmerfrauen des Pariser Hotels Ibis Batignolles. 700 Zimmer. Es gehört zum Accor-Konzern. Die Putzfrauen sind allesamt Afrikanerinnen. Kéké schwenkt ein mehrseitiges Dokument: «Wir haben gewonnen!»

Jetzt tanzen sie, singen ihr Kampftitel im westafrikanischen Souk-Stil: «Schrubben, schrubben, das gehört anständig bezahlt.» Die Vortänzerin trägt ihr Kleinkind auf dem Rücken. Es regnet Konfetti. Eine Zimmerfrau greift sich das Megaphon. Sie ruft: «Sklaverei!» Die Frauen antworten im Chor: «Schluss damit!» – «Miss-handlung!» «Schluss damit!» – «Auslagerung!» «Schluss damit!»

22 MONATE LANG TAG FÜR TAG

Den Putzlappen hatten sie am 17. Juli vor zwei Jahren hingeschmissen. 22 Monate: tägliche Protestaktionen und Streikpikets. Sie mussten durch Covid, durch Einschüchterungen, Anfeindungen, Entmutigungen. Dann haben sie sich gegenseitig Mut zugesprochen. Sie sind zusammenge-

wachsen. Rachel Kéké sagt, Tränen in den Augen: «Immer wieder habe ich mich gefragt, was wir Herrn Bazin angetan haben, dass er uns so total ignoriert.» Sébastien Bazin ist der CEO der Hotelgruppe Accor. Der Mann sieht aus und redet, als könnte er auch einen Bio-Wanderclub leiten. Doch er gebietet über 5100 Hotels in 110 Ländern und macht 4 Milliarden Franken Umsatz.

«UNSICHTBAR GEMACHT»

Moderne Sklaverei? Die schlechten Löhne und Arbeitsbedingungen hat Bazin auf das Subunternehmen STN abgeschoben. An sie hat Accor einen Teil der Reinigungsarbeiten im Hotel Batignolles ausgelagert. Viermal haben die Putzfrauen bei ihm vorgesprochen, viermal blieb seine Tür zu. Doch damit kam er nicht durch. Personalvertreterin Sylvie Kimissa sagt: «Er ist Komplize. Der Auftraggeber.» Rachel Kéké chrampt seit 14 Jahren bei Accor, dabei war sie offiziell schon bei vier verschiedenen Firmen angestellt: «Wer macht die Milliarden, die Accor verdient? Wer sorgt dafür, dass in Pariser Hotels Millionen Touristinnen und Touristen nächtigen können? Die Zimmerfrauen! Wir haben CEO Bazin an der Krawatte gepackt und nicht mehr losgelassen.»

Wer im Schnitt um die 25 Zimmer pro Tag putzt, macht einen Knochenjob, mit 800 bis 900 Euro pro Monat (ca. 900 Franken) miserabel bezahlt. Überstunden gibt es nicht. Es ist einer dieser vielen unsichtbaren Jobs, auf die Luxus und Wohlleben bauen. Oft von Migrantinnen und Migranten geleistet. Die Marseiller So-

ziologin Aïcha Sif präzisiert: «Nein, nicht einfach unsichtbar – unsichtbar gemacht.» Es könnte manche Gäste irritieren, wenn sie wüssten, wie ihr Dreck weggemacht und der saubere Schein mit dem Nachtmümpfeli auf dem Kissen hergestellt wird.

In nur 17 Minuten pro Zimmer, so verlangt es das Hotelmanagement. Dreimal reglementarisch klopfen und rufen: Zimmerservice. Dann rein. Hin und wieder bauen sich männliche Gäste nackt vor der Zimmerfrau auf. Oder greifen ihr an die Brust. Sylvie Kimissa: «Jede von uns erlebt solche Dinge.» An einem normalen Tag: Lüften. Bad, Toilette, Dusche einsprühen, der Spray muss 10 Minuten wirken. Dreck, Essensreste

«Wir mussten unser Schweigen brechen!»

RACHEL KÉKÉ, ZIMMERFRAU

usw. wegräumen. Flecken beseitigen. Bettzeug, Kissenbezüge usw. in den Wäschewagen. Matratze richten, Bett, Kissen neu beziehen. Schön glattstreichen. Staub wischen, Telefon, Kaffeemaschine, Fernbedienung usw. desinfizieren. Staubsaugen, Böden feucht aufnehmen, Licht und TV checken. Fenster und Spiegel und Schubladen putzen. Dann husch, husch, Bad, Toilette, Badewanne reinigen. Drei verschiedene Lappen, mehrere Paar Handschuhe. Zimmerfrau Nayé Gakou: «Manchmal fehlt das Material. Wir würden es ja gerne gut machen...»

Diese Arbeit schlägt tatsächlich auf die Knochen. Auf Füsse, Rücken,

Schultergelenke. Der Arbeitsmediziner erschrak, als er die Röntgenbilder sah. «Diese Arbeitsorganisation macht uns kaputt», sagt Kéké, «wir mussten unser Schweigen brechen.»

SICHTBAR GEMACHT

Und sie wusste, wie. «Viele von uns können vielleicht nicht lesen und schreiben, aber da gibt es ja auch noch die Intelligenz.» Also haben sie sich sichtbar gemacht. Eine Hotelkette lebt vom Image. Accor treibt viel Gewese um Ökologie und Arbeitsbedingungen.

Darum sind die Zimmerfrauen immer wieder trommelnd durchs Hotel gezogen. Haben sich verkleidet und manches lustige Happening veranstaltet. Singend, tanzend. Und sie waren mit den Gelbwesten, bei den Krankenpflegerinnen, den streikenden Theaterleuten, bei Modeschauen. Und bei papierlosen Flüchtlingen. Die Medien sprangen auf.

Das wirkte. Subunternehmerin STN musste schliesslich die Löhne erhöhen und die Kadenzsen senken, auf 2,5 Zimmer pro Stunde. Accor-Chef Sébastien Bazin sah sich gezwungen, das Abkommen zu garantieren. «Ein schöner Sieg», findet Kéké. Ein mutiger zudem. Wer den Job verliert, wird seine Aufenthaltserlaubnis verlieren. Dabei geholfen, «eine eigene Sprache und den Stolz zu finden» (Kéké), hat ihnen Tiziri Kandi von der Gewerkschaft CGT-Hotels. Kandi musste sich dabei gegen die Skepsis der Dachorganisation durchsetzen: «Die sagten uns: Das ist Accor. Diese Mobilisierung hat keine Chance. Sofort abbrechen.» Tja.

Übernahme eines McDonald's im Namen des Volkes



Die Beweise gegen mich sind eindeutig: Mein Name steht auf Anteilschein Nr. 434 der Immobilienfirma «La Part du Peuple». Übersetzt:

Das Stück Kuchen, das dem Volk zusteht. Eine verrückte Geschichte.

Alles begann mit einem McDonald's im armen 14. Marseiller Bezirk: 75 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, viele Alleinerziehende, fürchterliche Wohnverhältnisse. Wer reden, feiern oder flirten wollte, ging zum «McDo» auf die Terrasse, zwischen Wohnblocks und Schnellstrasse. Fünfzig Frauen und Männer arbeiteten dort, eine kämpferische Belegschaft um den Gewerkschafter Kamel Guémari. Doch Ende 2019 machte der Betreiber den Laden dicht.

Dann kamen Covid und Lockdown. Die kleinen Einkommen aus Minijobs und der informellen Ökonomie (Reparaturen, Läden, Putzen, Drogenhandel usw.) brachen weg. Die Schulkantinen, wo viele Kinder ihre einzige warme Mahlzeit assen, blieben zu.

Ein Anteilschein gegen den Hunger.

In Marseille brach Hunger aus. Hilfsorganisationen wie der «Secours populaire» waren rasch am Anschlag. «Unerträglich», befand Gewerkschafter Guémari. Seine Bitte an McDonald's, den Laden für die Lebensmittelverteilung nutzen zu dürfen, beantwortete der US-Konzern nie. Also beschlossen Guémari und einige Mitstreitende, den «McDo» kurzerhand zu requirieren. Im Namen des Volkes.

So wurde ein Fastfood zur Drehscheibe im Kampf gegen den Hunger. In den Kühlräumen lagen nun Gemüse, Eier und Früchte. Eine Brigade kochte in riesigen Töpfen. Über den Drive-in-Schalter werden Lebensmittelpakete ausgegeben. 150



BEWEIS: work-Autor Oliver Fahrni gehört jetzt ein Anteil eines Volks-McDonald's. FOTO: ZVG

Freiwillige aus dem Quartier und aus linken Gruppen verteilen Pakete und warmes Essen in der ganzen Stadt. Und hielten so 100 000 Menschen über Wasser. Enorm.

Doch das Problem ist: Wir leben im Kapitalismus, und der Laden gehört immer noch McDonald's. Also wurde am 15. Mai mit einer rauschenden Fête unter Respekt der Covid-Regeln ein solidarischer Fastfood lanciert. Ein Projekt für neue Jobs, Ausbildung und Selbstversorgung. Auf dem Dach prangt nun die Leuchtschrift «L'Après M», «nach M». Die stellvertretende Bürgermeisterin Aïcha Sif war auch da. Sie versucht gerade, möglichst viele Menschen zu finden, die einen Anteil von «La Part du Peuple» zeichnen: «Dieser Ort der Selbsthilfe darf nicht ans Kapital zurückfallen.» Machen 50 000 Leute mit, kann der Laden McDonald's abgekauft werden. Mit 25 Euro ist man dabei. OLIVER FAHRNI

Ein Kongress in Corona-Zeiten?
Tätschmeister Müller weiss, wie's geht



VIRTUELLES KUNSTSTÜCK: Philippe Müller vom Präsidentsekretariat hat den ersten digitalen Unia-Kongress logistisch und technisch geplant. FOTO: ASZ

Erst plante die Unia einen ganz normalen Kongress. Doch dann kam Corona. Und mit dem Virus eine einzige grosse Ballettübung.

CHRISTIAN EGG

Wie organisiert man einen Kongress, bei dem fast nichts so ist wie sonst? Denkt «so wie immer» geht in Zeiten von Corona nicht. Da war Philipp Müller gefordert. Der Mann vom Unia-Präsidentsekretariat hatte den Auftrag, den Unia-Kongress technisch und logistisch vorzubereiten und dafür zu sorgen, dass alles klappt. Der 46jährige Wirtschaftshistoriker und sein vierköpfiges Team fanden die Lösung: indem sie, bildlich gesprochen, den Spagat machten. Nicht einmal. Sondern dreimal.

SPAGAT 1: Vorausschauend und im letzten Moment. März 2020, Corona-Shutdown. Müller ist in Gedanken schon im Oktober: Für dann plant die Unia in Biel den fünften Kongress ihrer Geschichte. An dem sie nicht nur ihre Strategie neu festlegt, sondern auch ihre Leitung wählt. Müller sagt: «Der Kongress ist zen-

«Es hat schon die Nerven strapaziert.»

PHILIPP MÜLLER,
KONGRESS-ORGANISATOR

tral für die Unia. Wir haben bis im letzten Moment alles bewegt, damit er stattfinden kann.» Aber Kongress und Corona, das geht nicht zusammen. Also verschiebt die Unia den Kongress. Auf Juni 2021.

Im März 2021, als der Entscheid überfällig wird, kommt die dritte Welle. Müller spricht oft mit Unia-Chefin Vania Alleva und der Geschäftsleitung: Kann der Kongress stattfinden? Eine unsichere Zeit sei das gewesen, sagt der ehemalige Finanzdirektor am Lausanner Unispital: «Ja, das hat die Nerven strapaziert.» Bis spätestens Ende März muss der Entscheid fallen! Denn bis dann können die Hotelzimmer für die Delegierten kostenlos annulliert werden. Verantwortlich ist der Zentralvorstand. Und der sagt: Bis zu 700 Delegierte und Gäste in einem Saal zu versammeln, das wird nicht möglich sein.

Also ein zweites Mal verschieben? Müller wehrt sich: «Auf wann? Den Sankt-Nimmerleins-Tag?» Lieber einen Kongress per Zoom-Meeting durchziehen. Übrig darin haben die Unia-Mit-

glieder ja mittlerweile. Aber, sagt Müller: «So völlig atomisiert, jeder und jede alleine vor dem Computer zu Hause – das wäre trostlos gewesen.» Also weiterhören. Gibt es vielleicht eine Mischung von Atomisiert und Kollektiv? Und ja, es gibt sie:

SPAGAT 2: Virtuell und dezentral. Der Unia-Kongress findet jetzt zwar als Livestream statt. Aber an 15 Orten in der Schweiz versammeln sich die Delegierten auch real. Je bis zu 50 Personen. Müller: «So wird der Kongress zu einem kollektiven Erlebnis. Ich bin überzeugt, das gibt uns das wichtigste Gefühl des Zusammengehörens.»

Klar, dass dieser Spagat noch mehr Arbeit bedeutet. Nicht nur, dass es statt eines Kongresszentrums jetzt 15 Versammlungsorte und an diesen je Minerallwasser, Mikrofone und Mittel zur Händedesinfektion braucht. Auch technisch wird es aufwendiger: Die Teilnehmenden sehen zwei Zoom-Meetings parallel. Eines für die Debatten. Und eines mit je einem Bild von allen 15 Standorten. Damit alle alle sehen. Und hören.

Knifflige Fragen müssen geklärt werden: Wie führt man Abstimmungen an 15 Orten gleichzeitig durch? Via gesicherte App. Oder wie stellt man sicher, dass alle, die reden wollen, das auch können? Mit einer Kontaktperson an jedem Ort, die nur das macht. Rund hundert Anträge haben die Delegierten zur Strategie und des Positionspapiers eingebracht. Rasch wurde Müller klar: «Die können wir nicht alle virtuell bewältigen, das schafft kein Mensch.» Also braucht es den:

SPAGAT 3: Speditiv und demokratisch. An dezentralen Treffen im Vorfeld haben die Delegierten die Anträge bereits diskutiert. Und die unbestrittenen sind stillschweigend angenommen, sofern nicht jemand eine Diskussion verlangt. Das Ergebnis: Von den 100 Anträgen kommen am Kongress nur jene 17 zur Abstimmung, bei denen keine Einigkeit herrscht. Dem Rest haben die Delegierten bereits zugestimmt.

Und jetzt? Gestresst wirkt Philipp Müller nicht, als wir vier Tage vor dem Kongress mit ihm redet. Klar, er gebe noch offene Punkte. Etwa die Sitzordnung im Saal der Unia-Zentrale. Oder die technische Testlauf für die Zoom-Meetings. Und das Log-in im Livestream für die Medien. Aber das sei normal. «Jetzt kommt der schönste Teil unserer Arbeit», sagt er. «Jetzt spüre ich, dass es möglich ist.»

Das Kongress-Interview mit Unia-Chefin Vania Alleva

«Eigentlich ist ja ein Kongress ganz viele Kongresse!»

Wie hat die Corona-Pandemie die Arbeit der Gewerkschaft verändert? Welche Erfolge konnte die Unia seit dem letzten Kongress feiern? Welche Herausforderungen stellen sich in den nächsten Jahren? Über diese und andere Fragen hat work mit der Präsidentin gesprochen.

CLEMENS STUDER

work: Vania Alleva, wie ist Ihre Stimmungslage vor dem 5. Unia-Kongress und dem ersten, der halb digital stattfinden muss wegen Corona?

Vania Alleva: Der Kongress findet dezentral statt – und die 15 unterschiedlichen Standorte werden per Videokonferenz zusammengebracht (siehe Artikel links, Red.). Wir hoffen, dass alles so funktioniert, wie wir es geplant haben. Sicher werden wir unsere Strategie be-

schliessen, Wahlen durchführen und Resolutionen verabschieden. Aber ein Kongress ist immer mehr als nur Traktanden.

Kürzlich hat mir ein Kollege gesagt: «Eigentlich besteht ja ein Kongress aus ganz vielen Kongressen!» Also Gespräche, die in den Gängen stattfinden, in Kaffeepausen oder beim gemeinsamen Essen. Das fällt das Mal leider weg.

Wie so vieles in diesen Pandemie-Zeiten...

... das können Sie laut sagen! Es war und ist eine sehr angespannte Zeit. Corona prägt die Gewerkschaftsarbeit immer noch stark. Wir stecken in der grössten Gesundheits- und Wirtschaftskrise seit dreissig Jahren, und als Gewerkschaft sind wir hier stark gefragt. Ich bin stolz auf das, was wir bisher geleistet haben. Aber es braucht jetzt langfristig mehr gesellschaftliche Solidarität, um eine soziale Spaltung zu vermeiden. Das wird der Kongress in einer Resolution formulieren.

Sie sprechen von den grossen Auswirkungen von Covid auf die Gewerkschaftsarbeit. Was heisst das konkret?

Wir hatten zu Beginn der Pandemie und dann in Wellen immer wieder Zehntausende von Anrufern von Menschen, die wegen der Pandemie in Not geraten waren. In wirtschaftlicher Not, aber auch wegen ungenügender Schutzmassnahmen am Arbeitsplatz. Wir haben unzählige Mitglieder – und in diesen Krisenzeiten auch Nichtmitglieder – beraten und unterstützt. Und wir haben versucht, die

Präsenz auf dem Terrain zu halten. Also eigentlich das A und O jeder Gewerkschaftsarbeit. Das war wirklich nicht ein fach. Wir müssen ja auch Verantwortung als Arbeitgeber wahrnehmen, und stehen diesbezüglich sogar im Schaufenster. Ich glaube, beides ist uns gut gelungen.

Was hat die Mitglieder bei Anrufen am meisten beschäftigt?

Ein ganzer Strauss von Fragen. Am Anfang der Schütt vor dem Virus. Dann Fragen zur Kurzarbeitsentschädigung. Ebenfalls Thema war die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, als die Kinder zu Hause betreut werden mussten. Seit einigen Wochen kommen Fragen rund um die Impfung hinzu.

Die Kurzarbeitsentschädigung bekam innerhalb kürzester Zeit eine enorme Bedeutung, oder?

Ja, darauf haben wir zusammen mit dem SGB den politischen Druck konzentriert. Das führte nach anfänglichem Zögern zu dem raschen Entscheiden des Bundesrats. Und ganz praktisch hat die Unia-Arbeitslosenkasse eine enorme Leistung erbracht. Nicht «nur» bei der Auszahlung der Kurzarbeitsentschädigung, sondern auch für die stellenlosen Menschen. Im Unterschied zu zahlreichen anderen – auch öffentlichen – Arbeitslosenkassen hat unsere ALK immer funktioniert. Da haben die Unia-Leute einen Top-Job gemacht!

Ich bin stolz auf das, was wir als Unia bisher geleistet haben.»

Zuerst einmal hat sie die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sichtbar gemacht und zum Teil auch beschleunigt und verschärft. Prekäre Arbeit bedeutet Verletzlichkeit. Das zeigte sich knallhart, als temporär oder im Stundenlohn beschäftigte durch die Maschen der Kurzarbeitsversicherung fielen. Und gleichzeitig hat Corona die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet: Aktionärinnen und Manager schnappen sich ein immer grösseres Stück vom Kuchen. Im Jahr 2020 ist die Familie Blocher zum Beispiel 4 Milliarden Franken reicher geworden. Derweil nehmen prekäre Jobs in gewerkschaftlich wenig organisierten Branchen zu. Zum Beispiel bei den privaten Päcklidensten. Tieflöhrner und Tieflöhrner leiden jetzt besonders unter der Krise. Die grosse Mehrheit jener, die in Kurzarbeit sind, erhält nur 80 Prozent des Lohns, die Arbeitslosen noch weniger. Für viele wird es existentiell. Ich glaube, wir stehen an einem Scheideweg.

Welche Wege biegen da ab?

Der Weg in den Abgrund mit dem neoliberalen Credo «jeder für sich, alle gegen alle». Oder unser Weg der Solidarität für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, stärkere Arbeitnehmendenrechte und mehr soziale Sicherheit.

Prekar sind viele Arbeitsverhältnisse auch im Gesundheitswesen. Hier will sich die Unia künftig noch stärker engagieren. Kommt sie da nicht dem VPOD ins Gehege?

Nein! Bald gibt es eine halbe Million Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegebe-

rufen. Davon ist grade mal ein Zehntel organisiert. Und bestenfalls 3 Prozent sind Mitglied einer SGB-Gewerkschaft. Das ist eine Gewerkschaftswüste. Da muss man sich schon Mühe geben, um sich in die Quere zu kommen. Da hätten auch drei oder vier Gewerkschaften Platz, zumal der Gesundheitsbereich ja nicht nur die Spitäler umfasst.

Sondern?

In Pflege- und Altersheimen drängen immer mehr private Anbieter auf den Markt. Darunter auch internationale Konzerne. Hier sind die Arbeitsbedingungen zum Teil mehr als prekär. Die Profite der Aktionäre werden auf dem Buckel der Mitarbeitenden und damit auch auf Kosten der Patientinnen und

Pensionäre gemacht. Hier gibt es viel zu tun in Sachen gewerkschaftlicher Organisierung. Das können wir nur schaffen, wenn sich die verschiedenen im Gesundheitsbereich aktiven Gewerkschaften und Berufsverbände abstimmen und unterstützen. Über Verbandskonkurrenz und Eifersüchteleien freuen sich nur die Arbeitgeber.

Brauchen wir denn nicht auch bessere Beziehungen zur EU?

Klar. Aber nicht nur wegen der Pandemie. Wir leben mitten in Europa. Die grossen gesellschaftlichen Herausforderungen können wir am besten in enger Kooperation mit unseren Nachbarn und Partnern angehen.

Trotzdem haben Sie den Rahmenvertrag abgelehnt?

Wir haben den vorliegenden Vertragsentwurf abgelehnt, weil er den Lohnschutz zum Abschluss freigegeben hätte. Das hätte den Arbeitnehmenden in der Schweiz unabhängig von ihrer Herkunft geschadet. Das könnten wir nicht zu lassen, und die Gewerkschaften in Europa haben uns dabei unterstützt.

Aber das Scheitern des Rahmenabkommens ändert nichts an unserer internationalistischen Haltung. Wir sind weiterhin für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU. Die Schweiz muss jetzt starke Signale aussenden: Sie muss sich zu den Prinzipien und fortgeschrittenen Standards der «Europäischen Säule sozialer Rechte» bekennen. Sie soll Kernbestimmungen der Unionsbürgerrichtlinie übernehmen und damit die Rechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger stärken, die in der Schweiz arbeiten und leben. Und sie muss eine enge Absprache der Steuerstandards und namentlich eine Mindestbesteuerung von Unternehmen anstreben. Wenn wir diesen Weg einer sozialen Schweiz in einem sozialen Europa gehen, werden wir die bilateralen Beziehungen mit der EU konstruktiv weiterentwickeln können.

Zum Schluss: Wo wird die Unia beim nächsten Kongress 2025 stehen?

Ich habe keine Kristallkugel. Aber ich werde entschieden darauf hinarbeiten, dass uns die Trendwende bei der Mitgliederentwicklung gelingt. Wir wollen zeigen. Wir müssen unsere wichtigen GAV weiterentwickeln und im Pflegebereich vorankommen. Und ich will dafür schauen, dass die Unia so kämpferisch bleibt, wie sie heute ist.



UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA: «Es braucht jetzt langfristig mehr gesellschaftliche Solidarität, um eine soziale Spaltung zu vermeiden.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Baselland: Erfolg der Gewerkschaften gegen Arbeit rund um die Uhr

Kantonsgericht schützt den Sonntag

Die Arbeit am Wochenende nimmt zu. Allzu freigiebig bewilligen Ämter sogar die Büez am Sonntag. Ein aktuelles Urteil aus Baselland schiebt dem jetzt einen Riegel vor.

JOHANNES SUPE

Sonn- und Feiertage sind freie Tage – und sollen es auch bleiben. Doch immer wieder versuchen Firmen, ihre Belegschaft auch am Wochenende einzuspannen. Ein bemerkenswertes Urteil des basellandschaftlichen Kantonsgerichts setzt dem Treiben nun enge Grenzen. Und hält fest: Sonntagsarbeit ist nicht zulässig, wenn es nur darum geht, gesetzte Termine einzuhalten.

Anlass für das Urteil waren die Ereignisse rund um den 1. Mai 2018. An

Sonntagsarbeit ist nicht zulässig, wenn es nur darum geht, gesetzte Termine einzuhalten.

dem hätte eigentlich Ruhe sein sollen, schliesslich ist der 1. Mai in Baselland ein dem Sonntag gleichgestellter Feiertag. In Muttenz aber laufen die Maschinen. Fast 200 Arbeiter aus verschiedenen Bauberufen chrampfen – auf einer kantonalen Baustelle. Sie sollen in aller Eile den Campus der Fachhochschule Nordwestschweiz hochziehen. Das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und

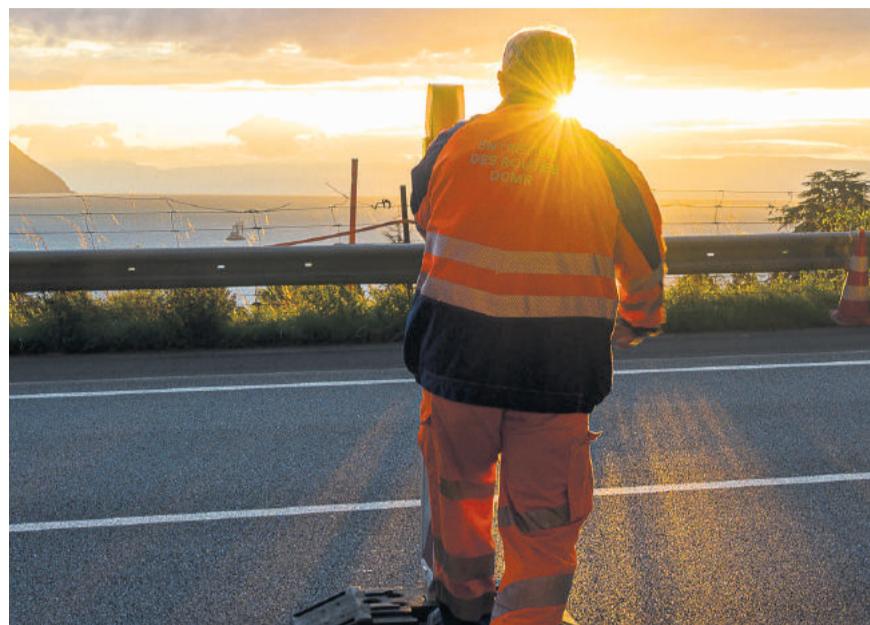
Arbeit (Kiga) hatte die Feiertagsarbeit durchgewinkt.

Doch die Sache fliegt auf, denn Arbeiter hatten sich schon zuvor an die Unia gewandt. «Wir waren aber überrascht, wie viele Leute an dem Tag arbeiten mussten», sagt Manuel Käppler zu work. Er ist bei der Unia Aargau-Nordwestschweiz mit dem Vollzug der Gesamtarbeitsverträge (GAV) betraut. Rasch interveniert die Gewerkschaft, beanstandet die lasche Bewilligungspraxis des Kiga. Das Amt will hingegen keinen Fehler sehen. Auch der Regierungsrat des Kantons weist eine Be schwerde der Unia ab.

AMT GERÜGT

Dabei kommt allerhand Erstaunliches ans Licht. Etwa, dass das Generalunternehmen HRS dem Kiga gegenüber von 8 Firmen sprach, die arbeiten müssten. Später stellte sich heraus, dass ganze 21 Unternehmen am Feiertag tätig wurden. Die Behörde aber beanstandete das nicht etwa, sondern stellte nachträgliche Bewilligungen aus.

Auch teilte HRS dem Amt zunächst mit, dass die Feiertagsarbeit nötig geworden sei, da kurzfristig Mängel für eine unverschiebbare Arbeit aufgetreten seien. Gegenüber den eigenen Subunternehmen kommuniziert HRS anders. Denen schreibt das Generalunternehmen in einem Mail: «Sämtlichen Unternehmen, welche zur Einhaltung der Termine noch dringende Arbeiten auszuführen haben, eröffnet sich (mit der Arbeitsbewilligung; die Red.) die Gelegenheit, ihr Personal am 1. Mai 2018 in der Zeit von 6.00 Uhr bis 17.00 Uhr auf der Bau



ARBEITSZEIT: Die Unternehmen brauchen triftige Gründe, um das Nacht- oder Sonntagsverbot aufzuweichen – Termindruck alleine reicht nicht. FOTO: KEYSTONE

stelle zu beschäftigen.» Ging es also tatsächlich darum, zu starken Termindruck auszugleichen? Das vermutet die Unia und wendet sich ans Kantonsgericht. Ende 2020 erhält sie recht.

SCHUTZ WICHTIGER ALS PROFIT

Im schriftlichen Urteil, das nun vorliegt, wird das Gericht deutlich. Das Kiga hätte die Feiertagsarbeit nicht bewilligen dürfen. HRS und seine Subunternehmen hätten nicht darlegen können, dass die Arbeit dringend am Feiertag hätte erledigt werden müssen. Und weiter: «Blosse Zweckmässigkeitsüberlegungen genügen nicht, um das Nacht- oder Sonntagsverbot aufzuweichen.»

Ans Kiga gerichtet, heißt es im Urteil zudem: «Sonntagsarbeit kann daher nur bewilligt werden, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.» Unia-Mann Käppler vermutet, dass das Urteil weitergehende Konsequenzen haben könnte. Mittlerweile sei bekannt geworden, dass in Baselland jährlich über 200 Ausnahmebewilligungen für Sonntagsarbeit erteilt werden. Nun aber habe das Gericht entschieden, dass die Sonntagsarbeit eine absolute Ausnahme bleiben müsse. Käppler weiter: «Das Gericht hält auch fest, dass nicht wirtschaftliche Interessen für die Bewilligung entscheidend sind, sondern der Schutz der Arbeiter.»

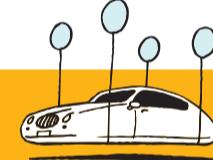
WOCHEEND-ARBEIT WAS IST MIT DEN SAMSTAGEN?

Relevant für die Samstagsarbeit sind weniger gesetzliche Vorgaben als vielmehr die je nach Branche geltenden Gesamtarbeitsverträge (GAV). Für das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe finden sich hier oft ähnliche Formulierungen. Zwar soll der Samstag im Grundsatz frei bleiben, allerdings sind Ausnahmen zulässig und müssen den zuständigen Kontrollinstanzen nur gemeldet werden.

TERMINDRUCK. Manuel Käppler von der Unia Aargau-Nordwestschweiz und Stefan Wüthrich, Leiter der Unia Bern, sind sich einig: Befriedigend ist das nicht. Wüthrich: «Die Samstagsarbeit nimmt seit Jahren tendenziell zu. Die Firmen melden sie uns und begründen sie mit lapidaren Aussagen wie „unausweichlicher Termindruck“. Ablehnen oder verbieten können wir sie nicht.»

Besser ist es im Wallis. In einem regionalen GAV für den Bau sind schärfere Regeln vorgesehen, hier dürfen die Kontrollinstanzen Samstagsarbeit auch ablehnen. Martin Dremelj von der Unia Oberwallis: «Bei uns genügt es nicht, dass die Termine zu eng sind. Solche Anträge auf Samstagsarbeit lehnen wir ab.» Ähnliche Formulierungen will die Unia auch über das Wallis hinaus in den GAV verankern. (jos)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Elektroauto: Superschnelles Joe-Biden-Auto neu mit grosser Klappe vorne

Die Amis spinnen mit ihren Riesen-Benzinschleudern. Doch 2022 bringt Hersteller Ford jetzt den Elektro F150 auf den Markt. Im Falle eines Blackouts kann seine Batterie bis zu 3 Tage das eigene Haus mit Strom versorgen.

Der Benziner Ford F150 passt in keine Schweizer Tiefgarage. Trotzdem oder gerade deshalb kaufen ihn die Menschen in den USA wie wild. Denn die Amis spinnen mit ihren Riesenkarossen. Doch bereits nächstes Jahr soll nun der Elektro F150 anrollen. Und Präsident Joe Biden hat ihn für uns getestet.

In den USA sind die Spritpreise tief. Der Liter Benzin kostet immer noch weniger als 70 Rappen. Einen Franken weniger als in der Schweiz.

Die Menschen in den USA fahren auch drum andere Autos als wir in Europa. Der Mini-Truck F150 von Ford ist seit 43 Jahren das meistverkaufte Auto. Verglichen mit den SUV-Autos in der Schweiz sind diese Mini-Truck-Monster 5,89 Meter lang und 2,19 Meter breit. Sie passen in kein Schweizer Parkhaus. Und saufen mehr als 12 Liter auf hundert Kilometer. Und dennoch liefert Ford fast 900 000 dieser mehr als 2 Tonnen schweren Brummer aus. Pro Jahr!

Gut, dass wir schlicht viel zu vernünftig sind, als dass sich solche Karren selbst im Schweizer Alpenraum durchsetzen könnten.

ROLLENDES WOHNZIMMER. Joe Biden weigert sich, CO₂-Steuern einzuführen. Warum? Er hat allen versprochen, die weniger als 400 000 Dollar pro Jahr verdienen, dass er ihre Steuern nicht erhöhen



ELEKTRO-MONSTER: Der F 150 Lightning verbraucht statt 12 Liter Benzin auf 100 Kilometer nur 20 Kilowattstunden und beschleunigt in weniger als 5 Sekunden auf 100 km/h. FOTO: PD

werde. Mehr bezahlen sollen die hohen Einkommen und Vermögen, falls die Republikaner zusammen mit den rechten Demokraten dies nicht verhindern.

Deshalb wird auch der neue Ford Elektro F150 namens Lightning nicht viel teurer sein als die bisherigen Modelle. Und die Vorteile lassen die Augen vieler Trump-Fans vor Vorfreude glänzen:

Vorteil 1: Joe Biden setzte sich als erster medienwirksam in einen Elektro F150, drückte aufs Gas und quietschte vor Freude. Denn die stärkste Variante beschleunigt in weniger als 5 Sekunden auf 100 Kilometer pro Stunde. Die Reichweiten werden zwischen 350 und 480 Kilometer liegen. Der Verbrauch etwas über 20 Kilowattstunden pro 100 Kilometer.

Vorteil 2: Der Elektro-Truck zeigt an, wie viel Kilo bereits geladen wurden. Damit man von der Polizei nicht erwischt wird. Wer mehr Gewicht bewegen will, kann in den USA einen Anhänger mit bis zu

4,5 Tonnen Gesamtgewicht an den Haken nehmen.

Vorteil 3: Unter der bisherigen Motorhaube befindet sich im Frontbereich des Fahrzeugs neu ein gut geschützter Kofferraum mit einem Fassungsvermögen von beachtlichen 400 Litern. Genau das, was bisher gefehlt hat.

Vorteil 4: Man kann die Batterie des F150 laden und entladen. Auf der Baustelle ersetzt der Truck einen Generator: Stecker rein und Bretter sägen. Der F150 soll weiter für die Stabilisierung des maroden amerikanischen Stromnetzes sorgen: Er saugt Strom aus dem Netz, wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt, und er bläst Strom in das Netz, wenn die Preise für Strom hoch sind. Und im Falle eines Blackouts kann die Autobatterie bis zu 3 Tage das eigene Haus mit Strom versorgen. Kombiniert mit einer Solaranlage sogar beliebig lange. Ideal auch für alle verrückten Prepper (siehe Link).

Vorteil 5: Auf 160 000 Kilometer US-Fernstrassen können alle weitgehend autonom fahren. Und aus dem F150 wird somit schrittweise so etwas wie ein rollendes Wohnzimmer, eine kuschelige Schlafstube oder ein Fernsehzimmer.

Die Zeitschrift «Auto, Motor, Sport» fasst das Resultat ihrer Recherchen wie folgt zusammen: «Ford hat den neuen F150 Lightning mit Elektroantrieb präsentiert. Der Pickup wird 2022 auf den Markt kommen und bietet viel neue Technik, darunter die Notstromversorgung fürs Eigenheim. Dazu ruft Ford einen Hammerpreis auf, der die Konkurrenz schlucken lassen dürfte.»

USA GEGEN CHINA. Joe Biden wird den Verkauf dieser Elektroautos zusätzlich mit Subventionen und Steuersenkungen fördern. Und mit billigem Strom aus Solar- und Windkraftwerken.

Die Strategie dahinter: Die USA schaffen den schnellen ökologischen Umbau. Dank besten Rahmenbedingungen. Sie belegen Waren aus Ländern, die wie China mit seinen Kohlekraftwerken weniger schnell beim Ausstieg aus dem fossilen Kapitalismus sind, mit Strafzöllen und technischen Handelshemmnissen. Ex-US-Präsident Ronald Reagan hat Russland mit Waffensystemen totgerüstet. Biden will den Aufstieg Chinas mit ökologischem Umbau verzögern. Ein Kampf der Systeme ist im Gang.

Für die Schweiz müsste der Autobauer Subaru einen vernünftigen Elektro-Forester mit alle diesen Funktionen als Alternative auf den Markt bringen. Sonst muss man plötzlich diese zu schweren Ami-Brummer noch verbieten.

LINKS ZUM THEMA:

• www.rebrand.ly/f150
Nach dem TCS fliegt jetzt auch die Zeitschrift «Auto, Motor, Sport» voll Richtung Elektromobilität.

• wikipedia.de
Was ist ein Prepper? Was eine Prepperin? Nachlesen auf Wikipedia hilft weiter.



Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Neue Publikation: Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung

Nur wer Arbeitskämpfe gewinnt, wird respektiert



FULMINANT: Die Rente mit 60 für die Bauleute war einer der grössten Erfolge der Gewerkschaftsgeschichte. 2018 erreichten die Baubüze, dass es diese Rentenregelung heute noch gibt. FOTO: UNIA

Kämpferischer, bewegter, offener: Das war das Rezept, wie die Gewerkschaftsbewegung seit den 1990er Jahren aus einem Tief wieder auf die Erfolgsspur kam. Zwei Insider erzählen jetzt erstmals die ganze Story.

RALPH HUG

Warum ist die Unia heute eine erfolgreiche Gewerkschaft? Und dazu noch eine einflussreiche politische Kraft? Weil zu Beginn der 1990er Jahre eine gewerkschaftliche Wende stattfand. Dies ist die These von Vasco Pedrina und Hans Schäppi. Zwei Gewerkschafts-Urgesteine: Pedrina war einst Chef der Bau- und Industriegewerkschaft GBI und später Co-Präsident des Gewerkschaftsbunds, Schäppi leitete die frühere Chemiegewerkschaft GTCP.

KÄMPFERISCHER

Die Wende heißt: Damals verabschiedete sich die GBI vom alten Gewerkschaftsmodell der Nachkriegszeit: von der Beschränkung auf Gesamtarbeitsverträge und Lohnverhandlungen und auch von der

Der neue, offensive Kurs brachte grosse Erfolge. absoluten Friedenspflicht. Stattdessen sollte die Gewerkschaft bewegter, kämpferischer und

offener werden. Oder mit den Worten von Pedrina und Schäppi: «Die Gewerkschaft wird als gesellschaftliche Bewegung und soziale Gegenmacht zum Kapital verstanden.» Und das Wichtigste: «Sie muss in der Lage sein, ihre Kämpfe erfolgreich zu führen.»

Pedrina und Schäppi haben sich aufgemacht, in einem Buch diesen umwälzenden Prozess im Detail aufzuzeigen. Ihr Werk «Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung» erscheint rechtzeitig zum Unia-Kongress (siehe Seiten 10 bis 13). Die Delegierten des Unia-Kongresses erhalten es zugeschickt. Nicht von ungefähr. Der Blick in die Vergangenheit soll nämlich auch den Sinn für die Zukunft schärfen. Mit dem Projekt «Unia 2.0» steht wieder eine grösere Reform an. Sie soll es der Unia erlauben, die aktuellen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

POLITISCHER

Die Wende mit der GBI kam einer fundamentalen Neuaustrichtung gleich. Die Gewerkschaft sollte moderner, beweglicher, professioneller, basisnaher und politischer werden. Den Anstoß dazu gab die lange Rezession von 1991 bis 1997. Die Arbeits-

losenzahlen stiegen, gleichzeitig bliesen die Arbeitgeber zum Angriff auf die sozialen Errungenschaften. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung lautete das neoliberalen Abbruchprogramm. Dem mussten die Gewerkschaften als Hüterinnen der Interessen der Arbeitnehmenden etwas entgegensemmt. Sie durften nicht politisch passiv bleiben und dem «ungeschminkten Klassenkampf von oben», wie es Pedrina und Schäppi nennen, tatenlos zuschauen.

GRÖSSER

Diese Krise war die Triebfeder für Fusionen. 1993 schlossen sich die Baugewerkschaft GBH und die Chemiegewerkschaft GTCP zur neuen Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) zusammen. Ein «Weckruf», so Pedrina und Schäppi. Denn auch in der grossen Metallgewerkschaft Smuv reifte der Gedanke, dass man mehr ausrichten könnte, wenn man gemeinsam statt separat kämpfe. Allerdings dauerte es dann zehn Jahre mit vielen teils mühsamen Diskussionen, bis im Jahr 2004 die heutige Unia entstand – und damit die grösste und mächtigste Gewerkschaft, die die Schweiz je sah.

In sehr erhellenden Analysen machen Pedrina und Schäppi klar, welche Riesenarbeit in all diesen Jahren zu bewältigen war. Wirtschaftskrise, Aufstieg der SVP, Angriff auf die Arbeitnehmerrechte, Abzockerei in den Konzernen – das alles ging den Gewerkschaften ans Mark. Die Arbeitgeber sprachen ihnen sogar die Existenzberechtigung ab, und Gesamtarbeitsverträge sollten plötzlich nur noch ein «Auslaufmodell» sein. Dagegen brauchte es neue Abwehrinstrumente. Am wich-

BUCH GEWINNEN!

work verlost 10 Exemplare des neuen Buches **Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung**. Und so geht's: Mail an redaktion@workzeitung.ch, Betreff: Die grosse Wende.

tigsten war, wieder mobilisierungs- und streikfähig zu werden. Denn nur wer Arbeitskämpfe auch gewinnen kann, verschafft sich Respekt, so die Überzeugung der neuen GBI-Führung. Aber auch auf der politischen Ebene sollten die Gewerkschaften handlungsfähig werden, nämlich durch Referenden und Initiativen.

ERFOLGREICHER

Dieser neue, offensive Kurs der GBI und später auch der Unia brachte bald Erfolge. Das zeigen die beiden Autoren schlüssig auf. Paradebeispiel ist die

Neues Buch: Geschichte eines Aufbruchs

Das Buch «Die grosse Wende der Gewerkschaftsbewegung» hat das Zeug zum Klassiker. Denn es handelt 30 Jahre Schweizer Zeitgeschichte aus engagierter Gewerkschaftssicht ab. Leider bildlos, was ziemlich bedauerlich ist.

Die beiden Autoren Vasco Pedrina und Hans Schäppi haben Analysen von Aktivistinnen und Aktivisten wie Bernd Körner, Irène Huber, Zita Küng, Bruno Bollinger oder Beat Ringger beigezogen. Plus ein markantes Vorwort von Unia-Chefin und Herausgeberin Vania Alleva. Die Delegierten des Unia-Kongresses erhalten es zugeschickt.



Vasco Pedrina und Hans Schäppi.

Rente mit 60 für Bauarbeiter, die mit einer Grosskampagne 2004 durchgesetzt werden konnte. Aber auch die Kampagnen gegen Tieflöhne unter 3000 beziehungsweise 4000 Franken im Dienstleistungssektor waren ein Erfolg. Nur deshalb hat die Schweiz heute keinen so grossen Tieflohnsektor wie Deutschland. Bereits in den 1990ern gab es politische Durchbrüche. Zum Beispiel, als das Volk 1996 dank einem gewerkschaftlichen Referendum mehr Sonntagsarbeit an der Urne ablehnte. Oder als 1999 das Streikrecht in die Verfassung kam.

SCHWIERIGER

Waren also die letzten dreissig Jahre eine einzige gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte? Natürlich nicht. Pedrina und Schäppi beleuchten auch viele Schwierigkeiten, Mängel und ungelöste Probleme. Zum Beispiel das Vertrauensleute-Netz. Es gelang nicht, dieses wie erwünscht in den Betrieben zu stärken. Oder die Mitgliederzahl zu steigern. Aber braucht es das überhaupt, oder geht Gewerkschaft auch ohne Mitglieder, wie das etwa in Frankreich diskutiert wird? Pedrinis und Schäppis Antwort ist klar: Nein, das geht nicht. Denn eine Gewerkschaft ist eine Bewegung von Menschen, die solidarische Werte und ein ideelles Engagement teilen: «Erfolgreiche Gewerkschaftspolitik kann nur im Kollektiv entstehen.»

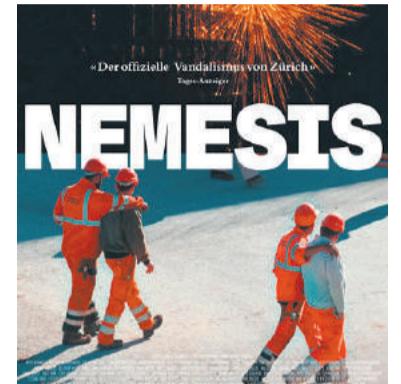


Vasco Pedrina, Hans Schäppi: **Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung** Rotpunktverlag Zürich, 256 Seiten, CHF 25.–

Kinofilm «Nemesis»

Knast statt Güterbahnhof

Fast ist es fixfertig: das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) in Zürich Aussersihl. Über 2000 Polizistinnen, Staatsanwälte und andere Beamte werden bald einziehen. Zudem bis zu 241 Häftlinge. Weichen musste dem monströsen Betonklotz der Güterbahnhof, ein architektonisches Juwel aus dem Jahr 1897. Ständiger Beobachter der Riesenbau ist Thomas Imbach. Der



gefeierte Filmemacher hat sein Atelier direkt nebenan und filmte während 7 Jahren aus dem Fenster. Was er mit seiner Kamera einfing, verblüfft: Boxkämpfe, heimliche Romanzen oder Brandanschläge. Und selbst das Erwartbare fasziiniert: gnadenlose Abrissbagger, rekordschnelle Neubautechniken und der Baustellenalltag von Hunderten Bürzern. Diesen dokumentiert Imbach besonders scharfsichtig. Zugleich wirft «Nemesis» grosse Fragen auf: zu Arbeit, Fremdenfeindlichkeit, Flucht und Gefangenschaft.

Nemesis von Thomas Imbach, CH 2020, 132 Minuten, jetzt im Kino oder unter myfilm.ch.

Kinofilm «Arada»

Ausgeschafft in die Fremde

Welche Schicksale verbergen sich hinter den Folgen der Ausschaffungsinitiative? Das zeigt der Dokumentarfilm «Arada» (türkisch für «dazwischen») von Jonas Schaffter. Er erzählt von drei Männern, die in der Schweiz aufgewachsen sind, aber nicht den roten Pass haben. Für Mustafa, Vedat und Duran verheerend, denn nach Straftaten werden sie in die Türkei ausgewiesen, die Heimat ihrer Eltern. Dort bemühen sie sich, ihren Platz zu finden. Doch das fällt schwer, denn ihre Familien sind in der Schweiz. Und die Ausgeschafften halten an ihrer schweizerischen Identität fest.

Arada von Jonas Schaffter, CH 2020, 83 Minuten, jetzt im Kino.

SRF-Dokumentarfilm Kurdenführer im CH-Exil

Rund 12 000 Kurdeninnen und Kurden leben in der Schweiz. Weil ihre Heimat bombardiert wurde. Oder weil sie politisch Verfolgte sind. Kaum bekannt ist, dass auch einige der wichtigsten Kurdenführerinnen und -führer hier im Exil leben. Drei von ihnen porträtiert nun ein aufwühlender Dokumentarfilm des SRF: Firat Anli, einst Co-Bürgermeister der Millionenstadt Diyarbakir. Lami Özgen, der den riesigen Gewerkschaftsbund KESK leitete. Und Demir Celik, Gründerpräsident der sozialdemokratischen Partei BDP.

Von der grossen Politbühne zum Leben als Flüchtling, SRF DOK von Yusuf Yesilöz, CH 2021, 53 Minuten, online unter: rebrand.ly/kurden.



Marie Moeschler
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Schwangerschaft: Muss ich gefährliche Arbeiten ausführen?

Ich bin schwanger und muss in einer durch Feinstaub belasteten Umgebung arbeiten. Ich mache mir Sorgen um mein Baby. Ich habe meine Gynäkologin um Hilfe gebeten, aber sie tut nichts. Mein Chef sagt, ich müsse weiterhin an meinem Arbeitsplatz arbeiten. Muss ich das wirklich?

MARIE MOESCHLER: Nein. Ihr Chef ist verpflichtet, schwangere Frauen so zu beschäftigen, dass weder ihre Gesundheit noch die ihres Kindes gefährdet wird. Eine Firma, die schwangere Frauen oder stillende Mütter zu gefährlichen oder beschwerlichen Tätigkeiten einsetzt, muss zuerst eine Risikoanalyse vornehmen. Nur eine kompetente Person darf diese Analyse durchführen, zum Beispiel eine Arbeitsmedizinerin oder ein Arbeitshygieniker. Die Firma muss sich an die entsprechenden Schutzmassnahmen halten.

Wenn eine schwangere Frau bei gefährlichen oder beschwerlichen Tätigkeiten nicht ausreichend geschützt ist, kann die behandelnde Ärztin ein Arbeitsverbot aussprechen. Dies ist in folgenden Situationen angezeigt: Es liegt keine oder eine unzureichende Risikoanalyse vor; die Schutzmassnahmen werden nicht umgesetzt; die Schutzmassnahmen werden nicht beachtet; die Schutzmassnahmen sind nicht ausreichend wirksam; es gibt Anzeichen dafür, dass die Mutter und/oder das Kind gefährdet sind. Im Falle eines Arbeitsverbotes ist die Firma verpflichtet, eine gleichwertige Tätigkeit anzubieten, die keine Gefährdung darstellt. Wenn dies nicht möglich ist, muss der Betrieb seiner Mitarbeiterin bis zur Aufhebung des Verbots 80 Prozent des aktuellen Gehalts zahlen.

GESCHÜTZT: Der Arbeitsplatz muss für Schwangere sicher sein.

FOTO: ISTOCK

Mutterschaftsentschädigung: Verliere ich den Anspruch darauf, wenn ich selber kündige?

Ich bin im sechsten Monat schwanger. Der provisorische Geburtstermin ist der 26. August 2021. Ich möchte nach der Geburt nicht mehr arbeiten. Mein Vertrag sieht eine Kündigungsfrist von drei Monaten vor. Der Chef hat mir empfohlen, Ende Mai zu kündigen. Eine Freundin riet mir, dies nicht zu tun, weil es mein Recht auf Mutterschaftsentschädigung beeinträchtigen könnte. Hat sie recht?

MARIE MOESCHLER: Ja. Die Mutterschaftsentschädigung beträgt 80 Prozent des durchschnittlichen Erwerbs-einkommens vor der Geburt, höchstens aber 196 Franken pro Tag. Der Anspruch beginnt am Tag der Geburt und dauert 14 Wochen. Damit Sie Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung haben, müssen aber mehrere Voraussetzungen erfüllt sein: Sie müssen zum Zeitpunkt der Geburt in einem Arbeitsverhältnis stehen. Ist das Arbeitsverhältnis bei der Geburt Ihres Kindes wegen abgelaufener Kündigungsfrist bereits beendet, verlieren Sie den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung. Kündigen Sie deshalb auf keinen Fall voreilig, und warten Sie mit der Kündigung zu bis nach der Geburt!

Werden Sie im Job nach Strich und Faden schikaniert? So wehren Sie sich.

Mobbing: Wenn die Stelle zur

Böse Blicke, böse Worte, Kritik am laufenden Band oder Ausgrenzung aus dem Team. Mobbing kann jeden und jede treffen – und macht Betroffene oft auch krank.

MARTIN JAKOB

Mit knallrotem Kopf baut sich der Chef vor Ihnen auf: «Jetzt haben Sie schon wieder Mist gebaut!» Steuern Sie am Morgen auf Ihr Pult im Grossraumbüro zu, sagt ein Kollege zum andern: «Schau mal, unser Tiefflieger landet!» Alle haben das Mail mit der Einladung zum Teamausflug erhalten, nur Sie nicht. Werden Sie gemobbt?

Kann sein. Denn jeder dieser Vorfälle ist unschön und deutet auf eine Mobbingsituation hin. Für Mobbing im engeren Sinn braucht es aber mehr. Nach der Definition des Bundesgerichts: «Mobbing ist ein systematisches, feindliches, über einen längeren Zeitraum anhaltendes Verfahren, mit dem eine Person an ihrem Arbeitsplatz isoliert, ausgegrenzt oder gar von ihrem Arbeitsplatz entfernt werden soll.» Davon betroffen sind nach einer wissenschaftlichen Seco-Studie von 2002 gegen 8 Prozent der Mitarbeitenden. Aktuelle Umfragen, die sich aufs subjektive Empfinden abstützen, kommen auf höhere Werte: 2016 bezeichnete sich in einer Umfrage des Instituts GfK jede fünfte Person als von Mobbing betroffen, und in der Unia-Umfrage unter Lernenden von 2019 waren es sogar 30 Prozent.

«BOSSING» VOM CHEF

Studien und Praxiserfahrungen von Beratungsstellen zeigen, dass niemand dagegen gefeit ist, gemobbt zu werden. Besonders gefährdet sind aber Personen, die in irgendeiner Weise anders sind. Anders kann die Hautfarbe sein, die Nationalität, die sexuelle Orientierung, der Körperwuchs, aber auch das Lebensalter (die einzige Junge unter älteren Mitarbeitenden) oder das Dienstalter (der einzige Altgediente in einem Team von Neulingen).

Und die Täterinnen und Täter? Am häufigsten mobben unsichere, schwache Führungspersonen – weil es ihnen an natürlicher Autorität mangelt oder an fachlicher Kompetenz, oder weil sie eine Person aus ihrem Team als Konkurrenz empfinden. In diesen Fällen spricht man auch von Bossing. Mobbing kommt aber auch unter Kolleginnen und Kollegen vor. In der Regel gehen die Angriffe von einer Einzelperson aus, die aber gelegentlich auch Mitläufer um sich schart.

FRÜHZEITIG GEGENSTEUERN

Meistens entwickelt sich Mobbing nicht in bestehenden Teams, sondern tritt als Folge eines Wechsels auf: einer Reorganisation, in der die Teams neu gemischt werden, eines Chefwechsels oder des Eintritts einer neuen Mitarbeiterin in ein bestehendes Team. Achten Sie in solchen Situationen auf irritie-

Ihre Firma muss Ihnen helfen, gegen das Mobbing vorzugehen.

rende Signale. Zum Beispiel: Die neue Chefin grüßt Sie nicht, erteilt Ihnen nur Aufträge, die unter Ihrem Niveau sind, beruft wichtige Sitzungen ausgerechnet dann ein, wenn Sie Ihren freien Tag haben. Oder ein Kollege zeigt Ihnen eine Whatsapp-Nachricht, in der sich die Chefin über Ihre etwas fühlige Figur lustig macht. Cybermobbing, also Schikanen im Internet und auf Social Media, kommt auch im Arbeitsleben vor!

Machen Sie sich schon früh Notizen von Fakten und Eindrücken, die Sie als belastend empfinden, und sammeln und speichern Sie Mails und andere Dokumente. Verharren Sie nicht lange in Ihrer Opferrolle. Denn erstens gefährden Sie damit Ihre Gesundheit: Schwächegefühle, Kopfschmerzen oder Schlafprobleme sind erste Auswirkungen der seelischen Belastung. Bei längerem Mobbing entwickeln sich diese Symptome oft zu ausgewachsenen Depressionen und psychosomatischen Leiden. Und zweitens steht Ihre Firma in der Pflicht, Ihre körperliche und seelische Gesundheit am Arbeitsplatz zu schützen. Sie haben



WORKTIPP

MEHR WISSEN

Praxisnah: **Mobbing am Arbeitsplatz – wie wehre ich mich**, Irmtraud Bräunlich Keller, Beobachter-Edition, 2017. Die Autorin kennt das Thema aus langjähriger Beratungspraxis. Ratgeber mit Checklisten, Ratschlägen, Fallbeispielen, Gerichtsurteilen. www.shop.beobachter.ch

Generell: **Mobbing und andere Belästigungen – Schutz der persönlichen Integrität am Arbeitsplatz**, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 2018. Knapp gefasste Übersicht mit Empfehlungen für Firmen und Mitarbeitende. rebrand.ly/secomobbing

also ein Recht auf Unterstützung der Firma in Ihrer Abwehr des Mobbings.

SCHRITT FÜR SCHRITT

Bevor Sie sich jedoch an eine übergeordnete Stelle in der Firma wenden, suchen Sie das direkte Gespräch mit der Person, die Sie als Mobber empfinden. Es ist taktisch

klüger, dabei nicht gleich von Mobbing zu sprechen, sondern anhand der dokumentierten Vorfälle aufzuzeigen, dass Sie sich schlecht behandelt fühlen. Überlegen Sie sich, welche Verhaltensänderungen Sie von der Person erwarten und was Sie selber zur Entschärfung der Situation beitragen könnten. Erst wenn das direkte Gespräch keine Besserung bringt, wenden Sie sich an die nächsthöhere Führungsebene oder an die von der Firma eingerichtete interne oder externe Fachstelle. Warten Sie auch damit nicht zu lange. Denn falls es zu einer Auseinandersetzung vor der Schlichtungsstelle oder gar vor Gericht kommt, müssen Sie belegen können, dass



WUNSCHPROGRAMM: Die Streamingdienste haben dem guten alten Pantoffelkino neuen Schwung verliehen. Aber nicht vergessen: Kino gibt's auch! FOTO: ADOBE STOCK

So viele Video-Streaming-Dienste: Wunschprogramm

Film auf Abruf? Netflix!
Ja, der Streaming-Gigant ist Platzhirsch auf dem Schweizer Markt. Allerdings gibt's Alternativen.

MARTIN JAKOB

Streaming macht unabhängig vom Tagesprogramm der TV-Sender. Inzwischen lässt sich zwar das TV-Programm in vielen Haushalten bis 7 Tage zurück abrufen. Aber auch dann vervielfacht sich über Streaming die Auswahl an Filmen, Serien und Dokus. Wer bietet was zu welchen Konditionen?

IM ABO. Die Zahl der Anbieter von «Flatrate»-Streaming – also dem Abruf von Filmen in beliebiger Zahl im Monatsabonnement – wächst laufend. Die

Plätze an der Sonne sind allerdings besetzt: **Netflix**, **Amazon Prime**, **Disney+** und **Sky** haben sich als globale Player eine grosse Marktmacht gesichert. In der Schweiz hält Netflix mit über zwei Millionen Abos den Spitzenplatz. Ein Monatsabo ist ab CHF 11.90 erhältlich.

Etwas günstiger ist Amazon Prime zu haben (CHF 9.99), etwas mehr verlangt Disney+ (ab CHF 12.90). Sky Show kostet ab CHF 14.90, mit den Live-Sportübertragungen wird es teurer.

MIETE & KAUF. Wer sich nicht im Abo an einen Streamingdienst binden will, kann Filme auf einigen Plattformen mieten oder auch gleich kaufen. Diese Dienste entsprechen im Prinzip der Videothek von

Hölle wird



Kosten, Informationsblockade: Mobbing hat viele Gesichter. FOTO: ADOBE STOCK

Sie die Firma über Ihre Situation informiert haben.

Kommen interne oder externe Fachstellen ins Spiel, ist die Situation häufig schon zu festgefahren und die Rückkehr zur Normalität bei unveränderter perso-

menschlich schwierig gilt, im übrigen aber gute Leistungen bringt, wird die Firma wohl an ihm festhalten – und Sie erhalten ein Versetzungsgesetz oder den Ratsschlag, sich nach einer neuen Stelle umzusehen.

In letzterem Fall sollten Sie sich die Unterstützung durch die Unia-Rechtshilfe sichern: Je nach Lage stehen Ihnen Schadenersatz oder eine Genugtuung zu. Ebenso gilt eine Kündigung, welche die Firma gegen ein Mobbingopfer nur ausspricht, um die Mobbing-situation aus der Welt zu schaffen, als missbräuchlich und berechtigt zu einer Entschädigung von bis zu sechs Monatslöhnen (zur Rechtslage siehe auch Text rechts).

Je nach Fall stehen Ihnen Schadenersatz oder Genugtuung zu.

neller Konstellation nicht mehr möglich. Ist die Person, die das Mobbing verschuldet, in der Firma sowieso nicht gut angesehen, wird sie möglicherweise versetzt oder sogar entlassen. Handelt es sich aber um einen Chef, der zwar als

UNIA-RECHTSSCHUTZ. Als Unia-Mitglied haben Sie Rechtsberatung und Rechtsschutz in arbeitsrechtlichen Fragen zugute. Wenden Sie sich an Ihr regionales Sekretariat!

MOBBING UND RECHT

DAS IST GESETZ

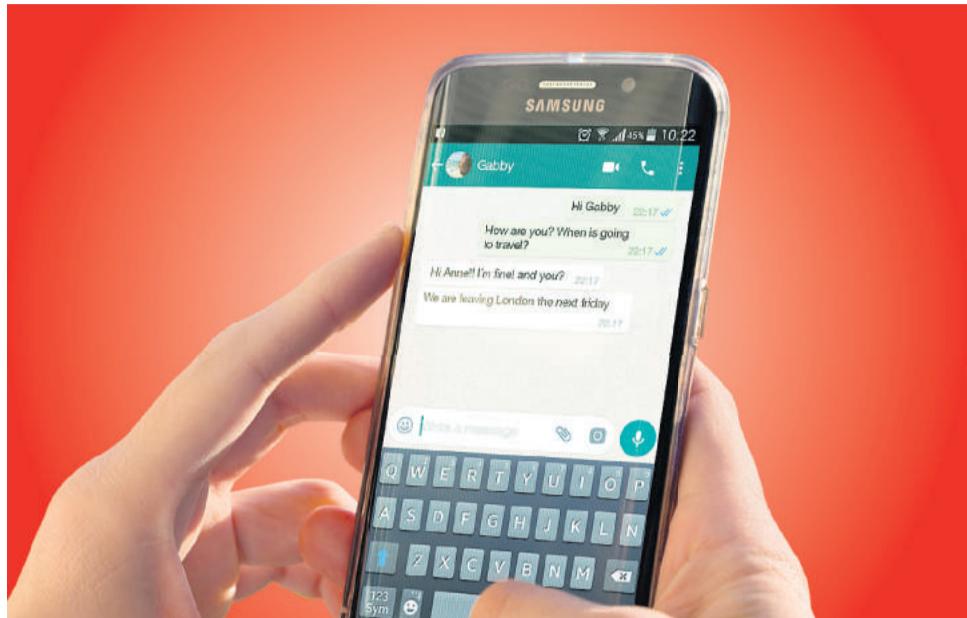
Bei Mobbing kommen das Obligationen- und das Arbeitsrecht zum Zug. Artikel 28 OR verpflichtet den Arbeitgeber, die Persönlichkeit der Mitarbeitenden zu achten und zu schützen und auf ihre Gesundheit Rücksicht zu nehmen. Außerdem verpflichtet das Arbeitsgesetz in Artikel 6 den Arbeitgeber, die erforderlichen Massnahmen zum Schutz der persönlichen Integrität der Mitarbeitenden vorzusehen. Daraus ergibt sich die Pflicht der Firma, Mobbing vorzubeugen, bei Mobbing-situatien einzuschreiten und den Konflikt möglichst zu entschärfen, allenfalls auch durch Bezug externer Hilfe. Lässt eine Firma Mobbing tatenlos zu, können Mobbingopfer auf Schadensersatz oder Genugtuung klagen. In schweren Mobbingfällen ist auch eine Strafklage gegen die mobbende Person denkbar, etwa wegen übler Nachrede, Verleumdung, Drohung oder Nötigung. Zudem ist eine Zivilklage wegen Verletzung der Persönlichkeit möglich.

DISKRIMINIERUNG? Mobbing-handlungen können auch den Tatbestand der Diskriminierung, des Verstosses gegen das Gleichstellungsgesetz oder der sexuellen Belästigung erfüllen. Daraus können sich weitere rechtliche Möglichkeiten zur Abwehr und Klage ergeben. Setzen Sie ein Beschwerde- oder Gerichtsverfahren wegen Diskriminierung in Gang, gilt während des Verfahrens und sechs Monate darüber hinaus ein Kündigungsschutz.

UNIA-RECHTSSCHUTZ. Als Unia-Mitglied haben Sie Rechtsberatung und Rechtsschutz in arbeitsrechtlichen Fragen zugute. Wenden Sie sich an Ihr regionales Sekretariat!

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



TSCHÜSS, WHATSAPP. Ein Grund mehr, der datenhungrigen Applikation von Whatsapp den Rücken zu kehren: Die Chats lassen sich per E-Mail exportieren. FOTO: SHUTTERSTOCK

So behalten Sie alte Whatsapp-Nachrichten

Whatsapp sammelt immer mehr Daten und verkauft sie weiter. Daher wechseln viele auf Alternativen wie Signal oder Threema, welche die Daten nicht weitergeben. Doch wenn Sie Whatsapp löschen, gehen alle Gespräche verloren, die Sie in der App geführt haben. Ausser, Sie speichern sie auf dem Computer.

Signal oder Threema geben Ihre Daten nicht weiter.

Beim iPhone geht das so: Öffnen Sie in Whatsapp die Chats-Übersicht und wählen Sie einen Chat aus, den Sie speichern möchten. Drücken Sie danach oben auf den Namen des Chat-Partners. Im nächsten Fenster namens «Kontaktinfo» drücken Sie unten auf «Chat exportieren». Bei Android drücken Sie im gewünschten Chat auf die drei Punkte oben rechts, anschliessend auf «mehr», dann auf «Chat exportieren».

Falls auch Fotos und Videos im Chat enthalten sind, werden Sie gefragt, ob diese Medien mitexportiert werden sollen. Entsprechend wird der Export deutlich grösser.

GESPEICHERT. Anschliessend schicken Sie sich den Chat via Mail an Ihren Computer. Dort lässt er sich mit jedem Textprogramm öffnen. Die Darstellung sieht anders aus als in Whatsapp: Die Nachrichten erscheinen untereinander aufgelistet. Exportierte Bilder befinden sich leider nicht mehr an der korrekten Stelle, sondern werden separat gespeichert. Dies wiederholen Sie mit jeder Whatsapp-Diskussion, die Sie abspeichern wollen. MARC MAIR-NOACK

Welcher ist für Sie der richtige auf Knopfdruck

einst: Das Ladengeschäft, in dem sich Tausende von Videobändern und später DVD in den Regalen reihen, ist einfach ins Internet umgezogen.

Die international grössten Anbieter sind **iTunes** sowie **Youtube/Google Play**. Die Mietpreise pro Film oder Serienfolge beginnen bei etwa 3 Franken, die Kaufpreise für einen neueren Film bewegen sich um die 20 Franken.

GRATIS. Das Schweizer Fernsehen SRF, die ARD und das ZDF bieten Filme, Serien und Dokumentationen nach der Erstausstrahlung über ihre Mediatheken für eine befristete Zeit zum Streaming an. So können verpasste Programme im nachhinein geschaut werden. Alle genannten Mediatheken er-

fordern ein Login, sind aber kostenlos.

Play Suisse, die Mediathek von SRF, enthält derzeit rund 1000 Titel. Darunter natürlich die grossen Eigenproduktionen wie «Der Bestatter», aber dank Kooperationen mit verschiedenen Filmfestivals auch die dort

Für Filmgourmets empfohlen: Filmingo, Myfilm und Artfilm. Klein, aber fein!

gezeigten Werke (zum Beispiel vom Festival International du Film Alpin oder vom Geneva International Film Festival).

ALTERNATIV. Abseits vom Mainstream der grossen Filmmetropolen entstehen in Independen-

dent-Studios («independent» heisst «unabhängig») weltweit Filme mit vergleichsweise kleinen Budgets, aber hohem Anspruch und oft experimentellem Charakter.

Wer sich in diesen cinéastischen Nischen heimischer fühlt als auf dem Hollywood Walk of Fame, findet in der Schweiz attraktive Streamingportale: **Filmingo.ch** stellt rund 700 Filme aus 105 Ländern bereit; das Abo kostet ab 9 Franken pro Monat. Einzelmiete ist ebenfalls möglich. Auch **myfilm.ch** pflegt regionale und Minderheitenkino (gegen 700 Filme, nur Miete möglich). Ganz aufs Schweizer Filmgeschafft hat sich **artfilm.ch** spezialisiert, die Filmliste (nur Miete) geht zurück bis in die dreissiger Jahre.

STREAMING-TECHNIK DAS BRAUCHT'S

Beim Streaming erfolgt die Datenübertragung via Internet. Sie benötigen ein Abo mit einer Download-Rate von mindestens 5 bis 6 Megabit/Sekunde (Mbit/s). Diese Geschwindigkeit bieten selbst die preisgünstigsten Internetabos. Das Empfangsgerät kann Ihr Smartphone sein, Ihr Tablet, Laptop oder PC. Auch über die Boxen der Telekom-Anbieter ist der Empfang einzelner Streamingdienste möglich. Entweder ist Ihr TV-Apparat selber internetfähig, oder das Datensignal lässt sich über einen HDMI-Anschluss vom PC zum Fernseher übertragen.

Impfung während der Arbeitszeit Urlaub für den Pieks

Müssen Sie Impftermine verschieben, die mitten auf einen Arbeitstag fallen?

Endlich haben Sie einen Termin ergattert. Die Auswahl war bescheiden, Sie haben den frühestmöglichen Zeitpunkt gewählt – der liegt aber in Ihrer Arbeitszeit. Oder dann wurde Ihnen ein Termin ohne Wahlmöglichkeit zugeteilt: «Am 10. Juni um 14 Uhr sind Sie dran!»



bare persönliche Termine Zeit gewähren. Und wenn Ihr Chef nicht gerade Coronaleugner oder Impfgegner ist, wird er die Wichtigkeit und Dringlichkeit Ihres Impftermins für selbstverständlich halten. Kommt hinzu, dass auch die Firma profitiert, wenn möglichst bald möglichst viele Angestellte mit Impf-schutz zur Arbeit kommen.

Kniffliger ist die Frage, ob Sie für die Zeit Ihrer Abseits Lohn erhalten, denn darüber sagt das Gesetz nichts. Wer im Monatslohn angestellt ist, muss in der Regel keinen Lohnabzug fürchten. Je nach Arbeitsvertrag, Anstellungsreglement oder Gleitzeitmodell darf die Firma allerdings von Ihnen verlangen, dass Sie für den Gang zur Impfung ausstempeln. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 9
Das Lösungswort lautete: IMPFDOSEN



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Karl Schuler, Galgenen SZ.
Herzlichen Glückwunsch!

Faktum, Sachverhalt	↓	↓	Abk.: Siedepunkt	Spielklasse (Sport)	Juristin	↓	↓	Zwerg, Erdgeist	Aufbau dram. Dichtungen	Abk.: ohne Wert	eh. schweiz. Popgruppe	↓	betagt, nicht neu	↓	Bund	junge Zweige	↓	Signalinstrument
→								(Syngenta) die Operation "...	→	↓	↓	↓	8					
starb vor 200 Jahren		heilige Silbe des Sanskrit	längliche Hohlkörper		Tierkrankheit	→							schwachsinnig		Doppelkonsonant	→		röm. Name von Genf
gewissenhaft	→							Heiligenbild der Ostkirche		getwitterte Nachricht		körperl. Aufputzschen b. Sport	→	9				
→				Animationsfilmstudio		Grossgemeinde im Kt. Bern	→		7					unrund rollen, wackeln		schweiz. Kuhrasse		
Südseeinsel		Gedenkenblitze		rosafarben	→			Abk.: Wiederholungs-kurs	→		Norm, Vorschrift		gleichmässig hoch, flach	→				
Viehhüterin	→	10		geflügeltes Pferd		gekochte Klösse	→			schweiz. Sachbuchautorin		Küsten-saum in Italien	→	2			röm. 4	
→		4											aus Knochen bestehend				5	
ein-tönige Landschaft	Nordafrikaner		Kunde beim Arzt	→							Hispano-amerikanerin		Kandidatin Unia-Geschäfts. (Vorname)	→				
salopp, lässig	→					Fluss im Berner Oberland	→	Unverbrauchtes	→	Texte entziffern				11	sich befinden, existieren		Nahrung zu sich nehmen	
→			frech, vorlaut		Staat in Westafrika	→							Wasserlebewesen Ez.	→	stehendes Gewässer	→		
weibl. Prinzip (chines. Philos.)		Umkleideräume	→							Elan, Pfiff		abweichend, verschieden	→	3				
Kandidat Unia-Geschäfts. (Vorname)	→			6	ital. Tonbez. für das E		Präposition		→	Arzneimittel-form					lat.: und		Autok. Südafrika	
schweiz. Blätterteiggebäck		zusammenzählen	→			↓	↓						Rand, Limit	→				
→																dt. Vorsilbe		

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 11. Juni 2021

INSEKT

**Am 13. Juni
Ja zum CO₂-Gesetz
Hast du schon abgestimmt?**

Sozialer Klimaschutz

Statt Milliarden für Ölimporte verschwendern, lieber in die Zukunft investieren und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen!

UNIA

WORKLESERFOTO

**Lichtblick im Mai**

WANN 17. Mai 2021
WO Eschenbach LU
WAS Eschenbach mit Rigi und Pilatus im Hintergrund
Eingesandt von Martin Skiebe, Eschenbach

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST

INSET



Polizei meldet Baudelikte in Davoser WEF-Tempel

Luxushotel baut zum Dumpingtarif

Der «Stichholz» in Davos GR ist die WEF-Residenz der Reichen und Mächtigen. Sie haben darin seine persönliche Suite. Jetzt wird das Fünf-Sterne-Hotel völlig unkontrolliert in einem zweifelhaften Baufarma aus Rumänien.

Polizei meldet Baudelikte in Davoser WEF-Tempel

**WORK 9 / 21.5.2021:
OHNE NAPOLEON KEINE MODERNE SCHWEIZ**

Ein Bund uneiniger Staaten

Aber, äh, wir Eidgenossen sind doch freiwillig neutral und, äh, wir wehrten uns schon immer erfolgreich gegen die bösen Länder um uns herum... Diese Geschichtsverdrehung gehört endlich aufgeklärt! Die Schweiz wäre immer noch ein Bund von uneinigen Staaten. Wir wären als Gesellschaft nicht überlebensfähig geblieben. Erst die Niederlage gegen Napoleon und die darauf folgenden europäischen Veränderungen haben die moderne Schweiz ermöglicht. Das wird halt von den Rechtspopulisten nicht so gerne gesehen, dann schwafelt man lieber vom souveränen Eidgenoss und vom Tell.

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

**WORK 9 / 21.5.2021: LA SUISSE EXISTE:
DER SIEG DER WAFFENHÄNDLER**

**Merci mille fois,
Monsieur Ziegler!**

Zum Glück gibt es in der Schweiz noch mutige, aufrechte und der Wahrheit verpflichtete, zum Glück auch einflussreiche Leute wie Herr Ziegler, die es wagen, entgegen der «diplomatischen» feigen und heuchlerischen Schweizer Tradition die Dinge beim Namen zu nennen und sich für Recht und Gerechtigkeit einzusetzen. Merci mille fois, Monsieur Ziegler!

JOSEPH GOLDINGER, GRANDSON

**WORK 9 / 21.5.2021:
LUXUSHOTEL BAUT ZUM DUMPINGTARIF**

So eine Sauerei!

Sauerei so was! 5 Sterne und dann so etwas... Diese Baustelle müsste man sofort schliessen!

FABIO OPPRECHT, VIA FACEBOOK

**WORK 9 / 21.5.2021:
DER DRUCK AUF DPD STEIGT**

Keine Päckli mehr von DPD

Bei uns hat DPD Anlieferungsverbot; wir weisen sämtliche Sendungen ab, und die Lieferanten werden ausnahmslos gebeten, uns die Zustellung per Post oder Spedition aus der übrigen Logistikbranche zu tätigen.

MARC PULVER, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

workquiz**Wie gut sind Sie?****1. Bau-Gauner I:**

Wie lange sorgt Daniel Bächtold schon für Skandale?

- a) fast 3 Jahre?
- b) fast 30 Jahre?
- c) fast 300 Jahre?
- d) fast 3000 Jahre?

2. Bau-Gauner II:

Wo war Bächtold wohl statt vor Gericht?

- a) auf den Malediven?
- b) in Mariastein?
- c) in Manila?
- d) im Marzili?

**3. Bau-Gauner III:**

Wo ist Bächtold wohl jetzt?

- a) in der Kiste?
- b) hinter Gittern?
- c) im Kittchen?
- d) hinter schwedischen Gardinen?

4. Bau-Gauner IV:

Wegen welcher angeblichen Krankheit liess sich Bächtold am Prozess nicht blicken?

- a) Schweinegrippe?
- b) Fabulistik?
- c) Daniel-im-Wunderland-Syndrom?
- d) Corona?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1b, 2a, 3a-d, 4d



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Als dynamische und erfolgreiche Organisation mit über 180 000 Mitgliedern geben wir den Anliegen der Arbeitnehmenden eine kraftvolle Stimme und engagieren uns erfolgreich für faire Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Für die Leitung der Unia-Region Zürich-Schaffhausen suchen wir eine

Co-Geschäftsleiterin (80 – 100%)

In der Unia Zürich-Schaffhausen setzen sich die gut 80 Mitarbeiter*innen tagtäglich für die rund 28 000 Mitglieder ein. Als Co-Geschäftsleiterin übernehmen Sie in dieser abwechslungsreichen Tätigkeit die Verantwortung für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Region. Zu Ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- Führung der Unia Zürich-Schaffhausen und Umsetzung der Unia-Strategie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Milizgremien.
- Führen der regionalen Geschäftsleitung und Unterstützung ihrer Mitglieder bei der Leitung ihrer Bereiche.
- Verantwortung für die regionale Strategie und Weiterentwicklung der Unia Zürich-Schaffhausen.
- Strategische Leitung und Führung von gewerkschaftlichen Kampagnen.
- Vertretung der Region in den nationalen Unia-Gremien und gegenüber Dritten.

Das bringen Sie mit:

Sie wollen die Gesellschaft verändern und engagieren sich für soziale Belange. Sie haben Lust und den Willen, in der Unia Zürich-Schaffhausen anzupacken und die Organisation weiterzubringen. Dank Ihrer umfassenden Berufs- und Lebenserfahrung haben Sie viel Erfahrung mit Personalführung und der Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Projekten. Sie lassen sich weder durch die ganz unterschiedlichen Aufgaben noch durch eine komplexe Organisation aus der Ruhe bringen und treten mit Ihren sehr guten Kommunikationsfähigkeiten sicher und überzeugend auf. Auch wenn es einmal hektisch ist, bleiben Sie ruhig und belastbar, sind ausdauernd und durchsetzungskräftig. Dank Ihrer Initiative und Ausstrahlung sind Sie in der Lage, mit Mitarbeiter*innen und Mitgliedern (Vorstände, Gremien) Ziele gemeinsam zu erarbeiten und zu erreichen. Falls Sie bereits Erfahrung bei NGO gesammelt haben, ist das von Vorteil. Die Identifikation mit den Werten der Unia ist von zentraler Bedeutung.

Das bieten wir:

Bei der Unia kommen Sie in den Genuss von fortschrittlichen Arbeitsbedingungen und guten Sozialleistungen. Wir unterstützen Teilzeitarbeit. Sie können sich auf ein wertschätzendes, kollegiales und lebhaftes Umfeld freuen. Der Arbeitsort ist an zentraler Lage in der Stadt Zürich.

Sind Sie bereit, diese Herausforderung anzunehmen? Dann freuen wir uns auf Ihre vollständige Bewerbung mit einem aussagekräftigen Motivationsschreiben via E-Mail bis am 20. Juni 2021 an: Unia Zentralsekretariat, Roberto Induni, Leiter HR+Bildung (bewerbung.be@unia.ch).

Ihre Fragen zur Stelle beantwortet Roberto Induni gerne unter Telefon 031 350 21 30.

